

**ZÜRCHER**  
**FREISINN**

**Wir machen Zürich stark!**

QR-Code mit der TWINT App scannen  
Betrag und Zahlung bestätigen



**Jetzt mit TWINT, Kreditkarte oder auf Rechnung spenden**

**EDITORIAL**

**Personalebremse-Initiative: Staatswachstum und Bürokratie begrenzen**

von Filippo Leutenegger

Seite 3

**PRO UND KONTRA:**

**EU-Verträge: Zwischen Stabilität und Souveränität**

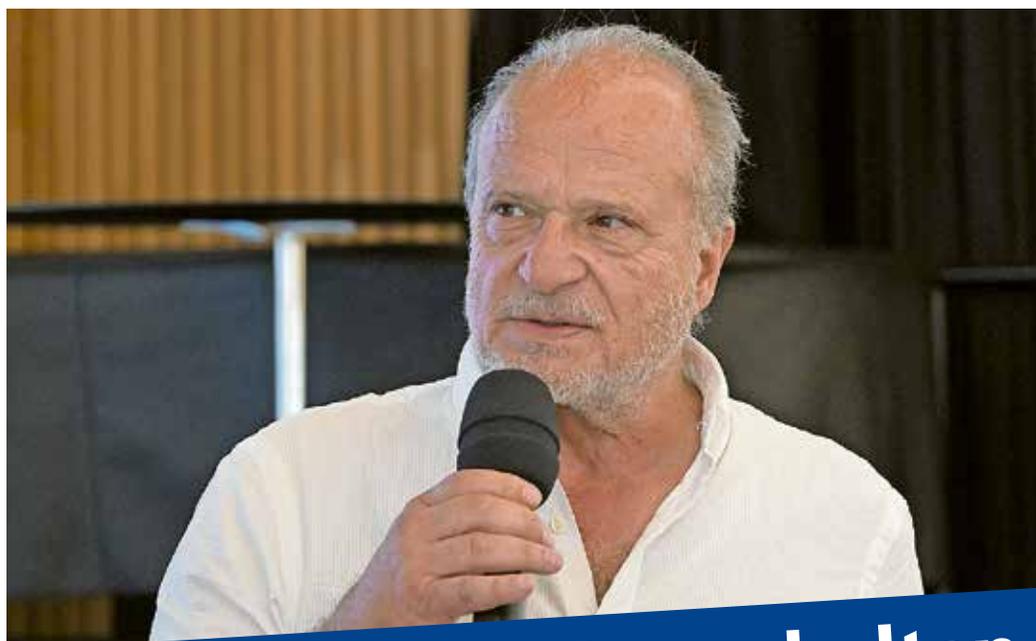
mit Karin Lenzlinger und Phyllis Scholl

Seite 4 und 5

**ABSTIMMUNGEN, INITIATIVEN UND WAHLEN**

**Mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren – für unsere Initiativen sowie im Abstimmungs- und Wahlkampf!**

Seite 6 bis 13



**Den Staat im Zaum halten**

Der Kanton Zürich braucht eine leistungsfähige Verwaltung – aber kein grenzenloses Stellenwachstum. Heute wächst die Verwaltung schneller als die Bevölkerung im Kanton Zürich. Das darf nicht sein. Darum hat die FDP die Volksinitiative für eine Personalebremse lanciert. Der Unterschriftenbogen für die Initiative liegt diesem Heft bei. Bitte unterschreiben – und im Umfeld dafür werben. Ebenfalls im Fokus: ein Nein zur wohnpolitischen Enteignungsinitiative (Vorkaufsrecht), ein Ja zur Mobilitätsinitiative (Tempo 50 auf Hauptachsen) und eine kritische Auseinandersetzung mit den EU-Verträgen. Auch das neue Energiegesetz verdient Widerstand: Es ist unmöglich, Netto-Null bis 2040 ohne Zwangsmassnahmen und wirtschaftlichen Schaden zu erreichen.

Seite 3



# Adieu

## und auf Wiedersehen!

### Liebe Freisinnige

Im letzten Editorial habe ich hervorgehoben, wie anstrengend es zuweilen ist, nach freiheitlichen Werten zu leben. Es bedeutet, dass wir uns jeden Tag anstrengen müssen. Denn Freiheit ist alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Wenn wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen zurückblicken, zeigt sich umso mehr: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet. Mit seiner Zollpolitik handelt US-Präsident Trump entgegen den Prinzipien, für welche wir Freisinnigen einstehen: Verlässlichkeit, Freihandel und eine regelbasierte Weltordnung.

### Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Trumps Zollentscheid von 39 Prozent ist absurd. Offenbar geht es dem US-Präsidenten angesichts der enormen Staatsverschuldung der USA in erster Linie darum, die Staatskasse zu füllen. Dafür nimmt er auch mittelfristig negative Effekte für die Volkswirtschaft der USA in Kauf. Der Bundesrat ist nun gefordert, die Verhandlungen mit den USA fortzuführen und nach einer tragfähigen Lösung zu suchen. Gleichzeitig darf sich die Schweiz nicht auf diplomatische Lösungen verlassen, sondern muss sich auf das Worst-Case-Szenario vorbereiten. Die USA sind als einzelnes Land der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Zölle in dieser Höhe würden Schweizer Export-

produkte massiv verteuern – mit gravierenden Folgen für unsere Unternehmen, Arbeitsplätze und Löhne.

### Innenpolitische Weichen stellen: Jetzt!

Innenpolitisch gilt es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Die Schweizer Firmen brauchen gute Rahmenbedingungen, um sich auch unter erschwerten globalen Bedingungen behaupten zu können. Dazu gehören insbesondere tiefe Produktions- und Standortkosten. Zur Stärkung der Wirtschaft hat die FDP kürzlich den 9-Punkte-Plan «Arbeit schützen, Staat sanieren, besser leben» verabschiedet. Die Umsetzung dieses Programms ist nun dringlicher denn je. Das ist die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte/links, aber auch auf die aktuelle Zollpolitik der US-Regierung. Wenn Zölle die Kosten unserer Exportprodukte verteuern, müssen wir in der Schweiz die Produktionskosten senken.

### E-ID als Meilenstein für die digitale Zukunft

Ebenso braucht ein wettbewerbsfähiges Land moderne, praktikable digitale Rahmenbedingungen. Die Schaffung einer elektronischen Identität entspricht einer langjährigen FDP-Forderung. Wir erhalten damit eine Grundlage für die digitale Transformation. Das stärkt die Schweizer Unternehmen in der internationalen Konkurrenz und etabliert die Schweiz als attraktiven und innovativen Standort. Gegenüber der

im Jahr 2021 abgelehnten Vorlage wird der Bund die e-ID selbst ausstellen. Ebenso werden die persönlichen Daten dezentral auf dem Smartphone der Nutzer gespeichert, was die Kontrolle über die eigenen Daten gewährleistet und den Datenschutz verbessert.

### Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts

Jetzt ist es endlich so weit: Die Abschaffung des Eigenmietwerts ist auf der Zielgeraden. Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen. Die beiden Vorlagen sind rechtlich verbunden. Volk und Stände sagen somit zum Gesamtpaket JA oder NEIN. Der Eigenmietwert ist eine ungerechte Steuer auf ein Einkommen, das es gar nicht gibt. Das heutige System belohnt die Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, also Schulden macht, profitiert steuerlich. Dieser Fehlanreiz gehört korrigiert. Anteilsmässig wird der Abzug von privaten Schuldzinsen aber weiterhin möglich sein. Ebenso bleiben Unterhaltsabzüge unter gewissen Voraussetzungen möglich (z.B. an historischen Gebäuden, vermieteten Liegenschaften und auf kantonaler Ebene für Energiesparmassnahmen etc.). Besonders hart trifft der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen. Das ist nicht fair. Wir wollen ältere Menschen von dieser Belastung befreien und gleichzeitig dafür sorgen, dass auch junge Menschen wieder eine echte Chance haben, Wohneigentum zu erwerben.

### Adieu und auf Wiedersehen

Liebe Freisinnige, damit habe ich meine präsidentalen Worte im Editorial des «Freisinn» das letzte Mal an Sie gerichtet. Es ist eine Freude und Ehre, der freisinnigen Familie als Präsident dienen zu dürfen. Ich habe diese Verantwortung gern wahrgenommen und gebe sie nach diesen vier Jahren mit einem Gefühl der Dankbarkeit für all das Erlebte weiter. Die FDP ist gut aufgestellt, und meine Nachfolge darf auf ein schlagkräftiges und topmotiviertes Team bauen. Mein herzlicher Dank geht an Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann für ihre Bereitschaft, die Verantwortung für unsere Partei zu übernehmen. Ich bin überzeugt: Das «Team Vincenz-Mühlemann» wird den liberalen Pfad erfolgreich weitergehen und uns in eine aussichtsreiche Zukunft führen. Danke für Ihren Zuspruch, Ihr Mitdenken und Ihre Treue gegenüber mir, der freisinnigen Idee und dem designierten Co-Präsidium!

Ihr Thierry Burkart,  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

# Personalbremse-Initiative: Staatswachstum und Bürokratie begrenzen

Editorial des Präsidenten

Die Verwaltung wächst schneller als die Bevölkerung – das ist kein Naturgesetz, sondern ein politisches Versäumnis. Die FDP zieht nun die Notbremse: mit einer moderaten, aber wirksamen Initiative. Und sie kämpft weiter für Eigentum, Mobilität, Energie und eine fundierte Debatte über die EU-Verträge.

Wenn die Verwaltung schneller wächst als die Bevölkerung, stimmt etwas nicht. Genau das ist im Kanton Zürich der Fall: Der Stellenetat nimmt seit Jahren deutlich stärker zu als das Bevölkerungswachstum. Das kostet, bindet Ressourcen und beflügelt die Bürokratie.

Die FDP Kanton Zürich zieht nun die Konsequenzen. Wir haben am Parteitag vom 23. August eine Volksinitiative für eine Personalbremse lanciert. Der Grundsatz ist einfach: Der Personalbestand des Kantons darf in Zukunft nicht stärker wachsen als die Bevölkerung. Die Initiative ist mit Augenmass formuliert: kein Verwaltungsbashing, sondern eine vernünftige Leitplanke, die das Wachstum begrenzt und dafür sorgt, dass neue Aufgaben nicht reflexartig mit mehr Personal beantwortet werden.

**Der Unterschriftenbogen liegt diesem Heft bei.** Ich danke Ihnen herzlich, wenn Sie die Initiative unterschreiben – und im Bekanntenkreis dafür werben.

## Kein Vorkaufsrecht für den Staat

Genauso klar ist unsere Haltung zur Vorkaufsrechtsinitiative, über die wir am 30. November abstimmen: Sie ist brandgefährlich. Unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit sollen Gemeinden in Zukunft Grundstücke und Liegenschaften an sich reissen dürfen – zu Marktpreisen, aber auf Kosten der Eigentumsfreiheit. Die Initia-

tive schafft keine einzige zusätzliche günstige Wohnung. Sie führt zu Rechtsunsicherheit, blockiert Investitionen und verschärft die Wohnraumknappheit. Deshalb sagen wir klar Nein zur Initiative – und Ja zum vernünftigen Gegenvorschlag des Regierungsrats.

«Der Kanton braucht eine effiziente Verwaltung – aber kein unkontrolliertes Stellenwachstum.»

## Mobilitätsinitiative: Kein Tempo 30 für Hauptachsen

Ein ebenso wichtiges Thema: die Mobilitätsinitiative, die auch am 30. November an die Urne kommt. Sie sichert Tempo 50 auf den Hauptachsen des Kantons – und schützt so Tempo 30 in den Quartieren. Zudem gewährleistet die Mobilitätsinitiative, die vom Regierungsrat und vom Kantonsrat unterstützt wird, dass auch Blaulichtorganisationen vorwärtskommen. Wer ruhige Quartiere



mit Tempo 30 und fließenden Verkehr auf den Hauptachsen will, sagt Ja zur Initiative.

## Energiegesetz – eine Zwängerei

Bereits am 28. September kommt das Referendum über das Energiegesetz zur Abstimmung: Klimaschutz ja – aber mit Augenmass. Eine Mitte-links-Allianz hat im Kantonsrat durchgesetzt, dass der Kanton Zürich bereits 2040 Netto-Null erreichen soll – statt 2050 wie der Bund fordert. Der Regierungsrat lehnt diese wirtschaftsfeindliche Zwängerei richtigerweise ab. Die Vorlage ist Ausfluss einer linken Träumerei, die in der Realität nicht zu erreichen ist – ausser wir nehmen Zwangsmassnahmen und schwere wirtschaftliche Schäden in Kauf. Nicht mit uns: Wir bekämpfen das Gesetz mit einem klaren Nein.

## Umstrittene EU-Verträge

Bei den EU-Verträgen geht es derzeit um die institutionelle Zukunft der Schweiz. Die Abkommen, wie sie der Bundesrat verhandelt, greifen tief in unser politisches System ein. Knackpunkte sind Themen wie die dynamische Rechtsübernahme, Sanktionsmechanismen gegen Volksentscheide und die Zuwanderung. Innerhalb der FDP diskutieren wir offen über diese Weichenstellung. Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz wird am 18. Oktober entscheiden. Ich bin bekanntlich im Auftrag der FDP Schweiz Co-Präsident der Arbeitsgruppe «EU-Verträge» und freue mich über die breite, respektvolle Debatte, wie sie auch an unserem Parteitag vom 23. August geführt worden ist.

Herzlich

**Filippo Leutenegger**  
Präsident FDP Kanton Zürich



Zur Medienmitteilung  
des Parteitags



Zur Videoaufzeichnung und zu  
den Impressionen von Parteitag  
und Sommerfest

## AGENDA

26. September: Sessionsapéro

28. September: Eidgenössische  
und kantonale Abstimmungen

18. Oktober: Eidgenössische  
Delegiertenversammlung

# Pro: «Die Bilateralen III sind nüchtern betrachtet die beste Wahl»

## Die Ausgangslage ist klar

Die Schweiz ist eine kleine, hochspezialisierte Volkswirtschaft mit hohen Kosten. Insbesondere unsere Industrie ist deshalb auf Exporte angewiesen. Geografisch sind wir umgeben von EU-Ländern, mit welchen wir kulturell, gesellschaftlich und bezüglich Sicherheit eng verflochten sind und zu welchen wir seit 25 Jahren spezifisch schweizerische Handelsbeziehungen pflegen, die in den bilateralen Abkommen I und II festgelegt sind. Sie stellen einen wesentlichen Teil unseres Wirtschaftserfolgs dar. Der Anteil unseres Handelsvolumens mit der EU beträgt mit 53 Prozent mehr als doppelt so viel wie mit den USA und China zusammen.

## Wahl zwischen Status quo und Bilateralen III

Die Schweiz will nicht der EU beitreten, aber sie will bevorzugte Beziehungen zum EU-Binnenmarkt mit 445 Millionen Menschen, womit ein Rückfall auf das Freihandelsabkommen auch keine Option ist. Seit mehr als 15 Jahren erklärt uns die EU, dass die Bilateralen I und II nicht mehr reichen und sie ein Update brauchen. Der Status quo veraltet also, und der Nutzen der Abkommen sinkt laufend, vergleichbar mit einem Smartphone, das kein Update mehr erhält. Auch die Schweiz hat ein Interesse für ein Update, da die heutige Willkür bei den Retorsionsmassnahmen die Schweizer Wirtschaft schädigt und verunsichert, was mit den Bilateralen III deutlich verbessert wird.

## Wahl zwischen etwas Autonomie oder grossem Wohlstandsverlust

Die direktdemokratischen Volksrechte bleiben der Schweiz voll erhalten. Lediglich bei 6 von 140 Abkommen müssen wir eine dynamische Rechtsübernahme zusagen. Die Schweiz übernimmt abschliessend und definitiv nur 95 von 14000 EU-Binnenmarktrechtsakten. Dynamisch ist zudem nicht automatisch. Wir können Nein sagen, müssen dann aber verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen akzeptieren. Einen Rausschmiss aus den Horizon-Forschungsprogrammen oder eine Kündigung eines Abkommens wären nicht mehr möglich. Genauso wie bei anspruchsvollen privatwirtschaftlichen Verträgen bevorzugt, ist ein paritätisches Schiedsgericht als Schlichtungsinstanz definiert worden. Der EuGH spielt nur eine Rolle, wenn EU-Recht für den gesamten Binnenmarkt (und nicht für eine Streitpartei) interpretiert werden muss. Ohne das Vertragspaket würde der Schweiz bis ins Jahr 2045 hingegen ein kumulierter Nutzen von über 500 Milliarden Franken entgehen (Seco).

## Wahl zwischen minimalen Anpassungen bei der Personenfreizügigkeit oder Verlust an Wirtschaftswachstum

Die Personenfreizügigkeit ist für die Rekrutierung von Arbeitskräften zentral und gerade für Zürich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sämtliche Analysen zeigen, dass unser Wohlstand sinken wird, wenn wir diese verlieren. Die zukünftigen Auswirkungen des demografischen Wandels werden zudem von vielen unterschätzt. 71 Prozent der Personen aus der EU wandern direkt in den Arbeitsmarkt ein. Das System bleibt auch in Zukunft arbeitsmarktorientiert. Da die Zuwanderung stark mit unserer Konjunktur korreliert, sind die kleinen Anpassungen, welche wir in den Verträgen zugeste-

hen müssen (Geltungsbereich auf eingetragene Partnerschaften erweitert), im statistisch irrelevanten Bereich. Wir konnten zudem eine schweizerische Ausnahme mit der Schutzklausel aushandeln, die nun in ein schweizerisches Gesetz gegossen werden kann. Der EuGH spielt hier keine Rolle.

## Wahl zwischen mehr Bürokratie oder Rechtssicherheit

Das Abkommen über technische Handelshemmnisse (MRA) reduziert die administrativen Hürden für Schweizer KMU erheblich. Zudem drohen ohne Aktualisierung der Abkommen hohe Kosten von über 1 Milliarde Franken jährlich, und die Planungs- und Rechtssicherheit sinkt klar (Avenir Suisse).

**Die Bilateralen III sind nüchtern betrachtet die beste Wahl.** Wenn der Status quo und damit der Bedeutungsverlust der Abkommen akzeptiert wird, führt dies in eine Entfremdung zu unseren Nachbarländern und eine steigende Unsicherheit mit sehr ungewissem Ausgang. Und das in der heutigen Weltlage!



Dr. Karin Lenzlinger Diedenhofen

## Dr. Karin Lenzlinger Diedenhofen

(\*1959) studierte Ökonomie an der Uni SG, wo sie einen Dokortitel erlangte. Sie ist Präsidentin der Zürcher Oberland Medien AG und Verwaltungsratsmitglied der Baloise Holding AG, der Übermorgen Ventures Investment AG und der Zeughaus Uster AG. Seit 2013 ist sie Präsidentin der Zürcher Handelskammer und Vorstandsmitglied von Economiesuisse. Sie war zwischen 1991 und 2019 in diversen Funktionen, zuletzt als CEO und Delegierte des Verwaltungsrats der Lenzlinger Söhne AG, Uster, tätig.

# Kontra: Kritischer Blick auf die vorgeschlagenen Verträge mit der EU

Bei den vorgeschlagenen Verträgen mit der EU geht es um ganz zentrale Politikbereiche und zudem um unsere politischen Institutionen wie die direkte Demokratie und den Föderalismus.

Die FDP sollte die Verträge deshalb mit kritischem Blick angehen. Die EU-Kommission und unsere Nachbarländer sind deutlich weniger liberal gesinnt als die Schweiz. Zudem: Eine von vornherein wohlwollende Haltung ist angesichts der bisherigen Nadelstiche der EU-Kommission nicht angezeigt.

Die Diskussion wird auch in der FDP oft oberflächlich geführt. Ich habe den Eindruck, dass nur wenige die Verträge tatsächlich lesen und studieren – obwohl wir in unseren Reihen viele Juristen und Akademiker haben. Die kritischen, fundierten Stimmen aus der Wirtschaft müssen unbedingt gehört und analysiert werden.

Der erläuternde Bericht des Bundesrates folgt einem beschönigenden, gutgläubigen Narrativ. «Es wird dann schon nicht so schlimm», scheint die Devise zu sein. Bleibt man beim Vertragstext, fällt die Würdigung deutlich anders aus. Die Geltungsbereiche der Abkommen sind weit und umfassen praktisch den ganzen jeweiligen Politikbereich. Entsprechend ginge die Rechtsübernahme weit über technische Themen hinaus. Ausnahmen hat es wenige, und sie sind eng definiert.

Zusätzlich zur Analyse des Vertragswerkes sind die den Verträgen zugrunde liegenden Annahmen zu überprüfen. Ich greife hier vier gängige Annahmen auf:

1. Die Schweiz ist Bittstellerin.
2. Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt erfordert Rechtsübernahme.
3. Ohne diese Verträge droht ein Verlust an Wohlstand.
4. Ohne diese Verträge fehlen uns die Arbeitskräfte.

Die Schweiz ist zwar ein kleines Land, deswegen aber nicht per se Bittstellerin. Wir bieten unseren Nachbarländern viel, unter anderem den Alpen-Transit, Hochschulen von Weltrang und attraktive Lebensbedingungen für 1,5 Millionen zugewanderte EU-Bürger. Zudem importiert die Schweiz mehr aus den EU-Ländern, als sie in den EU-Raum exportiert. Unsere Nachbarländer sind deshalb genauso interessiert an einer weiterhin guten Nachbarschaft mit der Schweiz. Das Machtgehabe der EU-Kommission gegenüber der Schweiz z.B. im Bereich der Stromwirtschaft (Ausschluss der Schweiz von wichtigen Plattformen) ist als solches zu benennen. Die Schweiz muss für ihre Interessen eintreten.

Die «Teilnahme am Binnenmarkt» ist nichts weiter als grenzüberschreitender Handel mit Waren. In den Abkommen geht es jedoch nicht um den Marktzugang. Dieser ist durch das Freihandelsabkommen gewährleistet, selbst wenn wir die vorliegenden Verträge ablehnen. Es ist selbstverständlich, dass sich das exportierende Unternehmen an bestimmte Vorgaben des Importlandes halten muss. Es ist aber unverständlich, dass das Land des

exportierenden Unternehmens ganze Rechtserlasse des Importlandes übernehmen soll. In der Logik der EU müssten die EU-Mitgliedsländer Schweizer Gesetze übernehmen, da die Unternehmen der EU-Mitgliedsländer in der Schweiz ihre Waren und Dienstleistungen verkaufen (Teilnahme am Schweizer Markt).

Ein Nein der Schweizer Bevölkerung zu diesem Vertragspaket wird nicht zu einem Verlust an Wohlstand und nicht zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Die EU-Kommission wird ihren Mitgliedsländern nicht verbieten, Waren und Dienstleistungen aus der Schweiz zu importieren. Dies wäre ein Schuss ins eigene Bein. Denn die Schweiz importiert mehr aus den EU-Ländern, als sie in den EU-Raum exportiert.

Ein Nein der Schweizer Bevölkerung wird auch nicht zu Notständen beim Pflegepersonal oder in der Gastronomie führen. Wir brauchen kein Freizügigkeitsabkommen, um Menschen bei uns arbeiten zu lassen. Solange unsere Nachbarländer leider weniger attraktiv sind als die Schweiz, werden weiterhin viele Personen in die Schweiz ziehen wollen.

Hingegen ist damit zu rechnen, dass die EU entgegen ihrem Cassis-de-Dijon-Prinzip für Schweizer Produkte vorgängige Kontrollen einführt. Dies wären für einzelne Unternehmen ärgerliche Mehrkosten, die es aber nicht rechtfertigen, die Nachteile der Verträge mit der EU in Kauf zu nehmen. Fazit: Der wirtschaftliche Nutzen ist ganzheitlich betrachtet höchstens gering, der politische Preis jedoch hoch.



**Phyllis Scholl**

**Phyllis Scholl** (\*1977) ist Anwältin und zudem Verwaltungsrätin in Unternehmen in den Bereichen Energiewirtschaft, Bauwirtschaft und Software (KI-Anwendungen). Zudem amtiert Phyllis Scholl als Gemeindepräsidentin von Kilchberg ZH.

faire-steuern.ch

## Junge Familien, Rentner, Mieter: Alle profitieren von der Abschaffung des Eigenmietwerts!

Wer in der Schweiz Wohneigentum erwerben will, steht vor **Hürden**. Der Anteil an Wohneigentümern ist tief, dafür ist die private Verschuldung hoch – auch wegen falscher Anreize im Steuersystem: Wer sich verschuldet, profitiert. Wer spart, wird benachteiligt. Das lässt sich am 28. September ändern – mit einem Ja zur Abschaffung der Eigenmietwert-Steuer.

**Der Eigenmietwert ist eine Steuer auf ein fiktives Einkommen**, das Eigentümer erzielen könnten, wenn sie ihre selbstgenutzte Wohnung vermieten würden. Genau dies wollen sie aber nicht, denn sie wohnen ja selbst darin. Zwar sind gewisse Abzüge möglich, doch das System fördert Verschuldung und benachteiligt jene, die sparen, vorsorgen und eigenständig leben wollen. Das ist ungerecht.

**Nun geht es um grundsätzliche Fragen:** Soll Sparen weiterhin bestraft und eine Geistersteuer beibehalten werden? Der Eigenmietwert erschwert jungen Familien den Weg zu Eigentum und belastet Rentner unnötig. Dabei ist die Förderung von Wohneigentum ein Verfassungsauftrag.

**Die Belastung wird für alle weiter ansteigen.** Im Kanton Zürich muss der Eigenmietwert massiv erhöht werden – wegen gestiegener Immobilienpreise und Gerichtsurteilen. Für ältere Hausbesitzer eine enorme Belastung. Die angedrohten Steuererhöhungen beschäftigen derzeit die Gerichte. Auch in anderen Kantonen werden solche Schritte in naher Zukunft folgen. Der einzige Weg, diese Steuererhöhungen zu vermeiden, ist die Abschaffung des Eigenmietwerts.

**Ein Ja am 28. September schafft Klarheit.** Es beendet Fehlanreize, erleichtert Eigentumserwerb, schützt ältere Menschen – und auch das Gewerbe profitiert. Jetzt braucht es breite Unterstützung: Jede Stimme zählt!



**Eigen-  
mietwert  
streichen**

Am 28. Sept.

**JA**  
zu fairen  
Steuern

## KANTONALE VOLKSINITIATIVE

# Personalbremse-Initiative – jetzt unterschreiben!

Die Verwaltung im Kanton Zürich – das sind die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei – wird immer grösser und immer teurer. Vor allem aber wächst sie seit Jahren deutlich schneller als die Bevölkerung. Das darf so nicht weitergehen. Deshalb haben wir die Personalbremse-Initiative lanciert.

Die Zahlen sind eindeutig: Zwischen 2019 und 2024 ist die Bevölkerung im Kanton Zürich um 5,1 Prozent gewachsen. Die Zahl der kantonalen Vollzeitstellen hingegen um satte 13,3 Prozent – also mehr als doppelt so stark. Auch in den Jahren 2025 und 2026 soll die Verwaltung laut Planung des Regierungsrates übermässig wachsen.

Mittlerweile ähnelt die Verwaltung einem Megakonzern. Sie bietet knapp 30 000 Vollzeitstellen, verteilt auf gut 41 000 Personen. Hinzu kommt: Diese Staatsstellen sind überdurchschnittlich gut bezahlt – mit unseren Steuergeldern.

Was ist vom überproportionalen Stellenwachstum und von den hohen Löhnen zu halten? Nicht viel. Man würde erwarten, dass in der Verwaltung Grössenvorteile greifen: Wenn sich die Bevölkerung verdoppelt, braucht es keine doppelt so grosse Sozial- oder Steuerverwaltung. Die Zahl der Stellen in der Verwaltung sollte daher weniger rasch zunehmen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Zudem würde man meinen, dass in Zeiten der Digitalisie-

rung Prozesse effizienter und einfacher werden, es also für dieselbe Arbeit weniger Angestellte braucht. Fehlanzeige auch hier.

Gegen gute Bezahlung für gute Leistung ist nichts einzuwenden. Dem Einzelnen seien die privilegierten Arbeitsbedingungen gegönnt. Nur: Der Kanton «fischt» erfolgreich im Personalpool, in dem auch die Privatwirtschaft nach Fachkräften sucht. Die Unternehmen können mit dem Staat nicht mithalten. Die Anzahl Stellen in der Privatwirtschaft und die Löhne werden durch den Wettbewerb bestimmt. Die Verwaltung hingegen kann das Stellenwachstum und die hohen Lohnkosten auf den Steuerzahler überwälzen. Für Unternehmen wird es dadurch schwieriger, freie Stellen zu besetzen. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit.

Schliesslich darf nicht vergessen gehen: Mit einer grösseren Verwaltung gehen auch mehr Regelungen einher. In immer höherer Kadenz werden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erlassen – oft ohne messbaren Mehrwert oder Beitrag zur Wertschöpfung. Jede neue Regulierung bedeutet für Unternehmen und Bürger einen Mehraufwand. Gewiss: Auch die Parlamente tragen mit ihren vielen Vorstössen eine Mitschuld. Fakt ist aber: Das Wachstum und die Aktivitäten der Verwaltung haben ein ungesundes Ausmass erreicht.

Deshalb haben wir von der FDP Kanton Zürich die Personalbremse-Initiative lanciert. Siehe den Unterschriftenbogen in der Beilage.

Unsere Volksinitiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Die kantonale Verwaltung darf künftig maximal so stark wachsen wie die Bevölkerung. Die Initiative sieht weiter vor, dass der Wegfall sowie die Auslagerung von kantonalen Aufgaben bei der Berechnung des zulässigen Verwaltungswachstums zu berücksichtigen sind. Ausnahmen sind nur mit Begründung des Regierungsrats und der Genehmigung des Kantonsrats möglich.

Hätte die Personalbremse bereits zwischen 2019 und 2024 gegolten, wären dem Kanton rund 2000 neue Stellen und Ausgaben im dreistelligen Millionenbereich erspart geblieben.

Wir haben nun fünf Monate Zeit, um die benötigten 6000 Unterschriften zu sammeln. Unterschreiben Sie bitte noch heute – damit die Bevölkerung über unsere Personalbremse abstimmen kann. Gemeinsam schaffen wir das!

Weitere Informationen zur Personalbremse-Initiative finden Sie via [www.personalbremse.ch](http://www.personalbremse.ch). Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

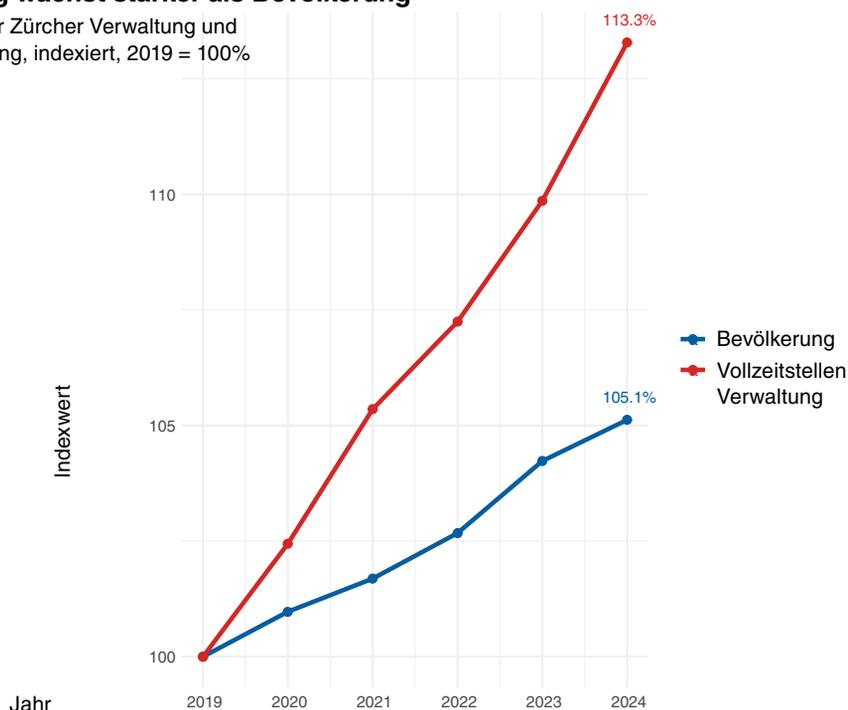
Zur Kampagnenseite und zum Unterschriftenbogen:



**Matthias Müller**  
Vizepräsident FDP Kanton Zürich

## Verwaltung wächst stärker als Bevölkerung

Wachstum der Zürcher Verwaltung und der Bevölkerung, indexiert, 2019 = 100%



## INTERVIEW

### «Die Mobilitätsinitiative rettet Leben»

Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel (FDP) kämpft an vorderster Front für die Mobilitätsinitiative. Im Interview erklärt sie, warum Tempo 50 auf Hauptachsen keine Ideologie, sondern gesunder Menschenverstand ist – und wieso gerade Blaulichtorganisationen auf ein Ja angewiesen sind.

#### Frau Rueff-Frenkel, warum engagieren Sie sich für ein Ja zur Mobilitätsinitiative?

Es geht mir um Verlässlichkeit, Sicherheit – und im Zweifel um Menschenleben. Die Initiative stellt sicher, dass auf Hauptstrassen grundsätzlich Tempo 50 gilt, so wie es das Bundesrecht vorsieht. Das ist eine nötige Klarstellung, nachdem rot-grün regierte Städte wie Zürich oder Winterthur begonnen haben, diese Regel und damit Bundesrecht zu unterlaufen.

#### Gegner werfen der Initiative vor, sie gefährde Fussgängerinnen und Velofahrer.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Initiative schützt die Quartiere vor Schleichverkehr – und damit gerade auch Kinder auf dem Schulweg. Wird der Durchgangsverkehr auf Hauptachsen ausgebremst, verlagert er sich in die Quartiere. Denn Google Maps schlägt immer den schnellsten Weg vor. Damit ist klar: Wer Tempo 30 flächendeckend einführt, verlagert die Probleme in die Wohngebiete.

#### Ein weiteres Argument der Gegner: Die Initiative nehme den Gemeinden Kompetenzen weg.

Das ist falsch. Der Kanton ist schon heute für die Temporegime auf den kantonalen Strassen zuständig

– mit Ausnahme der Städte Zürich und Winterthur. Die Initiative stellt klar: Tempovorgaben auf kantonalen Hauptverkehrsachsen gehören in die Verantwortung des Kantons – überall. Diese Klarheit schafft Sicherheit. Ausnahmen der Tempo-50-Regelung auf Hauptstrassen, etwa vor Schulen oder Heimen, bleiben notabene auch künftig möglich.

#### Was bringt die Initiative konkret für den öffentlichen Verkehr?

Tempo 30 auf Hauptachsen bremst Busse und Trams aus. In Zürich kostet das jährlich rund 20 Millionen Franken. Erfreulich ist: Der Gegenvorschlag zur ÖV-Initiative der FDP wurde vom Kantonsrat klar angenommen – er verpflichtet die Gemeinden, für Verzögerungen des ÖV aufzukommen. Die Mobilitätsinitiative ergänzt das sinnvoll – und schützt damit auch Blaulichtorganisationen.

#### Was heisst das konkret für Feuerwehr, Sanität und Polizei?

Beim Ein- und Ausrücken sind sie auf zügiges Vorkommen angewiesen. Tempo 30 verzögert ihre Einsätze – und das kann im Ernstfall Leben kosten. Die Mobilitätsinitiative schafft klare Verhältnisse und sichert schnelle Reaktionszeiten.

#### Ihre Botschaft an die FDP-Basis?

Ein Ja zur Mobilitätsinitiative ist ein Ja zu Sicherheit, Vernunft und einem verlässlichen Verkehrssystem für alle. Die Gegner schüren Ängste – wir stehen für Lösungen. Jetzt gilt es, sich im Abstimmungskampf zu engagieren!

#### Jetzt Supporter werden:



Sonja Rueff-Frenkel ist Kantonsrätin der FDP Stadt Zürich Kreis 1+2, Mitglied der Kommission Energie, Verkehr und Umwelt im Kantonsrat sowie Vizepräsidentin der FDP Stadt Zürich.

## KANTONALE VOLKSINITIATIVE

### Steuerrabatt-Initiative der Jungfreisinnigen: «Wir benötigen freisinnige Unterstützung!»

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Kanton Zürich schreibt seit Jahren regelmässig strukturelle Überschüsse. Dieses Geld gehört nicht dem Staat, sondern dem Steuerzahler. Doch statt Schulden zu tilgen oder Steuern zu senken, häuft der Kanton Vermögen an – auf unserem Rücken. Die Steuerrabatt-Initiative will diesen Missstand beenden!

Kern der Initiative: Unerwartete Überschüsse fliessen automatisch an Bevölkerung und Unternehmen zurück – proportional zu den bezahlten Steuern, ohne kompliziertes Verfahren, ohne neue Bürokratie. Der Mechanismus berücksichtigt die Verschuldungssituation des Kantons: Bei exzellenten Finanzen gibt es den vollen Rabatt, bei höherer Verschuldung entsprechend weniger oder gar nichts.

Diese Lösung verhindert ein unnötig hohes Steuerniveau und stärkt das Vertrauen in eine ehr-

liche Finanzpolitik. Zudem ist sie praktisch: Der Steuerrabatt funktioniert wie eine automatische Steuerfussenkung für ein Jahr – einfach, transparent, direkt spürbar.

Der erwünschte Effekt geht weit über ein Signal hinaus: Mehr finanzieller Spielraum für Bürger und Unternehmen bedeutet mehr Investitionen, Innovation und mehr Wohlstand. Dank einer stärker wachsenden Wirtschaft darf der Kanton mittel- oder langfristig sogar mit steigenden Steuererträgen rechnen!

Die häufigsten initialen Befürchtungen sind rasch widerlegt: Der administrative Aufwand ist minimal. Die Tragfähigkeit der Schulden bleibt gesichert, weil der Rabatt sich an der aktuellen Finanzlage orientiert. Und wer behauptet, man solle besser «regulär Steuern senken», verkennt die Realität: Dauerhafte Senkungen werden von links ausgebremst.

Der Steuerrabatt umgeht diese Hürde – automatisch, jedes Jahr.

Jetzt liegt es an Ihnen, geschätzte Freisinnige: Holen wir uns zurück, was uns gehört! Unterschreiben Sie den beiliegenden Bogen noch heute und helfen Sie mit, dass die Steuerrabatt-Initiative vors Volk kommt. Für Fairness. Für Eigenverantwortung. Schluss mit Überschuss!

#### Zur Kampagnenseite und zum Unterschriftenbogen:



Elias Pernet  
Co-Präsident Steuerrabatt-Initiative

## INTERVIEW

## «Das Vorkaufsrecht bringt keine einzige zusätzliche günstige Wohnung»

Der Kanton Zürich steht vor drei gefährlichen wohnpolitischen Initiativen aus dem linken Lager. Die erste davon – das kommunale Vorkaufsrecht – wird am 30. November zur Abstimmung kommen. Regierungsrätin Carmen Walker Späh, Vorsteherin der Volkswirtschaftsdirektion, erklärt, warum diese Forderung kontraproduktiv ist – und was der Kanton Zürich stattdessen braucht.

### Frau Regierungsrätin, weshalb lehnt der Regierungsrat die Vorkaufsrechtsinitiative entschieden ab?

Gemeinden würden das Recht erhalten, Liegenschaften zu den Konditionen zu übernehmen, die Private gemeinsam vereinbart haben. Damit greift die Initiative ganz direkt das rechtliche Fundament unseres Landes an: die Eigentumsgarantie und die Wirtschaftsfreiheit. Das müssen wir verhindern!

### Die Befürworter argumentieren, ein Vorkaufsrecht ermögliche den Gemeinden den gezielten Erwerb von Boden für preisgünstigen Wohnraum. Was spricht dagegen?

Mit dem Vorkaufsrecht entsteht keine einzige neue günstige Wohnung! Im Gegenteil: Die Wohnungsknappheit dürfte sogar noch verschärft werden. Denn durch das Vorkaufsrecht entsteht Rechtsunsicherheit, private Investoren werden abgeschreckt – und der Wohnungsbau dadurch gehemmt. In vielen Fällen dürften die Ausgaben der Gemeinden dem Referendum unterstehen, was den Prozess nicht nur erheblich verzögern, sondern auch zum Scheitern bringen könnte. Hinzu kommt das Risiko von neuen, langwierigen Rechtsmittelverfahren.

### Was setzt der Regierungsrat der Vorverkaufsrechtsinitiative entgegen?

Der Regierungsrat teilt das Ziel der Initiative: Auch er will mehr günstige Wohnungen im Kanton Zürich. Der Regierungsrat macht deshalb

einen Gegenvorschlag, der tatsächlich wirkt. Er will das bewährte Instrument zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums stärken: die kantonale Wohnbauförderung. Über die Vergabe von zinslosen Darlehen können gemeinnützige Bauträger – darunter vor allem Genossenschaften – Wohnungen zu günstigen Konditionen bereitstellen. Die Unterstützung durch den Kanton setzt eine gleich hohe Mitfinanzierung durch die Gemeinde voraus. Durch die vorgeschlagene Verdoppelung des Rahmenkredits wird ein Potenzial von 720 Millionen Franken geschaffen. Damit können mehr Wohnungen gebaut und eine höhere Darlehenssumme pro Objekt gewährt werden. Dadurch wird das Angebot grösser. Unser Gegenvorschlag wirkt rasch und effektiv.

### Was braucht es alternativ, um mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich zu schaffen?

Die Ausgangslage ist klar: Es gibt zu wenige Wohnungen. Also muss man mehr Wohnungen bauen. Deshalb will der Regierungsrat Massnahmen ergreifen, um das Bauen anzukurbeln. Mehr Wohnungen bedeuten auch dämpfende Preise. Davon werden alle Zürcherinnen und Zürcher profitieren. Wir benötigen also Lösungen, die die Bautätigkeit anregen. Das heisst: mehr Anreize, weniger Regulierung und Verhinderung. Wir müssen einfacher, höher und schneller bauen. Genau dies schlägt der Regierungsrat als Gegenvorschlag zur Wohnungsinitiative vor, die dann 2026 zur Abstimmung kommt.

### Und was ist mit der Wohnschutzinitiative, dem dritten Ansinnen aus dem linken Lager, die Mietpreissteigerungen staatlich begrenzen will?

Dadurch werden bestehende Mieten geschützt – aber die Preise für neue Mieten steigen. Denn wenn ein Teil des Markts künstlich eingefroren wird, kommt es zur Preissteigerung im anderen Teil. Dies trägt zur Verknappung von Wohnraum bei und lässt die Preise weiter steigen. Mietpreisbegrenzungen sind längerfristig klar kontraproduktiv. Das zeigen übrigens auch die Beispiele Genf und Basel. Dort wurden die Folgen des rigiden Mieterschutzes schon nach kurzer Zeit sichtbar. Die Basler Regierung musste mittlerweile anerkennen, dass die Investitionen ausbleiben und dadurch deutlich weniger Wohnungen auf den Markt kommen. Das kann niemand wollen.



**Carmen Walker Späh**  
ist seit 2015 Regierungsrätin der FDP und Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich.

## Unsere Parolen zu den Abstimmungen am 28. September

[www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen](http://www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen)

National

**Abschaffung Eigenmietwert**

✓ Ja

National

**E-ID**

✓ Ja

Kantonal

**Änderung des Energiegesetzes**

✗ Nein

## AUS DEN ORTSPARTEIEN

# Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus den Ortsparteien präsentiert.

Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter [info@fdp-zh.ch](mailto:info@fdp-zh.ch).



### FDP Niederglatt

#### Erfolgreicher Info-Abend «Behördenämter»

Der öffentliche Info-Abend «Behördenämter» der FDP Niederglatt von Anfang Juli war ein voller Erfolg. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, direkt von erfahrenen Behördenmitgliedern spannende Einblicke in Aufgaben, Anforderungen und Chancen kommunaler Ämter zu erhalten. Besonders erfreulich: Überraschend viele Teilnehmende haben im Nachgang ihr Interesse bekräftigt, 2026 für die FDP für ein Behördenamt zu kandidieren. Es ist nun Aufgabe der WaKo, in den Hearings die geeignetsten Personen auszuwählen und zu nominieren.



### Jungfreisinnige Winterthur

#### Die Jungfreisinnigen Winterthur in den Schlagzeilen

Mit einer Medienmitteilung zum Schulhausprojekt in Rickenbach, für welches ein doppelt so hoher Kredit wie geplant veranschlagt wurde, haben die Jungfreisinnigen Winterthur einen Volltreffer gelandet. Die klare Botschaft samt pointierter Kritik sorgte für grosse Aufmerksamkeit – so griff der «Tages-Anzeiger» das Thema auf, und sogar im TeleTop wurde darüber berichtet. Dadurch konnten die Jungfreisinnigen Winterthur ihre Position einer verantwortungsvollen Finanzpolitik einem breiten Publikum präsentieren und wichtige Impulse in der öffentlichen Diskussion setzen sowie ihre Präsenz in der Region stärken.



### FDP Uster

#### FDP gewinnt zwei Behördenreferenden in Folge

Im Februar und im Mai lehnte die Stimmbevölkerung von Uster zwei überbewertete städtische Prestigeprojekte ab. Bei der jüngsten Abstimmung ging es um einen Projektierungs-

kredit von 600000 Franken für eine neue Abfallsammelstelle in der Loren, welchen die FDP ablehnte. Der Stadtrat und die links-grünen Parteien wollten das Projekt hinter verschlossenen Türen durchsetzen, ohne die Bevölkerung einzubeziehen oder zu prüfen, ob der Standort Loren überhaupt Zustimmung findet. Das Projekt wäre unverhältnismässig teuer gewesen (bis zu 9,5 Millionen Franken), hätte eine kleinere Sammelstelle als heute geschaffen und zudem wegen der ungünstigen Lage ein Verkehrschaos verursacht. Für uns ist dies ein Zeichen, dass die Ustemer Stimmbevölkerung der aktuellen Schuldenwirtschaft trotz links-grüner Mehrheit im Gemeinderat kritisch gegenübersteht.



### FDP Bezirk Hinwil und FDP Bezirk Uster

#### FDP an der ZOM: basisnah, im Dialog und mit Schwung

Von 3. bis 7. September betreiben die FDP-Bezirke Hinwil und Uster einen gemeinsamen Stand an der Züri Oberland Mäss (ZOM). Vor Ort präsentieren sich die einzelnen Ortsparteien sowie die Jungfreisinnigen – mit Glücksrad, FDP-M&Ms und vielen Gesprächen. Gleichzeitig sammeln wir Unterschriften für die Personalbremse-Initiative und die Steuerrabatt-Initiative. Der Auftritt zeigt: Die FDP ist bei der Basis, hört zu und nimmt Probleme aus der Bevölkerung auf. Im direkten Austausch wollen wir liberale Lösungen diskutieren, Netzwerke in der Region stärken und neue Mitglieder für die FDP gewinnen.



### FDP Kreis 7 + 8

#### Petition gegen Verkehrschaos

Die von der FDP Kreis 7 + 8 initiierte Petition für eine Neubeurteilung der Umgestaltung Heimplatz

in Zürich ist mit über 1000 eingegangenen Unterschriften ein voller Erfolg. Die positive Resonanz aus den betroffenen Quartieren und das grosse mediale Echo zeigen, dass die FDP mit dem Aufgreifen von lokalen Themen die Sorgen und Wünsche der Stimmbevölkerung abholen kann, was sie wiederum in eine sehr gute Ausgangslage für die Wahlen im März 2026 positioniert. Wir bleiben dran!



### FDP Bezirk Dietikon

#### Sommerfest des Bezirks Dietikon: ein gelungener Generationenwechsel

Am 22. August lud der Bezirk Dietikon zum Sommerfest ein. Anlass war die Verabschiedung des bisherigen Vorstandes, der über viele Jahre hinweg mit grossem Engagement und hervorragender Arbeit die Geschicke des Bezirks geleitet hat. Nun wurde das Zepter feierlich an die nächste Generation übergeben. Über 40 Freisinnige und Freunde trafen sich dazu in Uitikon-Waldegg. Bei Wurst und Wein wurde nicht nur auf die Verdienste des bisherigen Vorstands angestossen, sondern auch voller Zuversicht das neue Kapitel eingeläutet.



### FDP Kreis 3

#### FDP Stadt Zürich setzt Zeichen gegen Fan-Gewalt

Mit ihrem Postulat gegen Fan-Gewalt hat die Gemeinderatsfraktion FDP Stadt Zürich einen klaren Erfolg erzielt: Von links bis rechts wurde es unterstützt. Damit setzen wir ein starkes Zeichen für mehr Sicherheit und eine positive Fan-Kultur. Fan-Gewalt muss wirksam bekämpft werden. Gleichzeitig gilt es, die Belastung für die Bevölkerung zu reduzieren und ein sicheres Umfeld für alle zu schaffen, die den Sport lieben – für einen Fussball, der Freude und Gemeinschaft stiftet.

## EINDRÜCKE VON DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG UND DEM PARTEITAG



## EINDRÜCKE VOM SOMMERFEST



## KOLUMNE FDP FRAUEN KANTON ZÜRICH

## Kinder werden im Kopf gemacht

Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik ist für mich als knapp 30-Jährige ein grosses Thema. Nach meinem Masterabschluss ist es Zeit, Früchte zu ernten, ohne angezogene Handbremse Geld zu verdienen und Rücklagen zu bilden. Als gute FDP-Frau – so die Erwartung – soll ich also nach drei Monaten Babypause wieder voll in den Beruf einsteigen, das Kind fremdbetreuen lassen und mit meinem Mann den Vollspagat von Beruf und Familie meistern. Früher fand ich das charmant, heute verunsichert es mich.

Entsprechend grosse Erwartungen hatte ich an den Kita-Anlass vom 13. Mai 2025, den die FDP Frauen Kanton Zürich mit Vertreterinnen aller politischen Ebenen sowie einer Vertreterin von Ki-besuisse organisierten. Ernüchterndes Fazit: Qualität und Kosten der Kinderbetreuung hängen in der Schweiz stark vom Wohnort ab – in Zürich tragen Eltern bis zu zwei Drittel der Kosten, im Kanton Waadt im Schnitt nur 38 Prozent (Quelle: BSV). Das darf und kann es doch nicht sein!

Unterstützung soll an Arbeitspensen gekoppelt sein statt nach dem Giesskannenprinzip funktionieren und auch nicht einseitig von der Wirtschaft eingefordert werden. Der Kanton soll Standards festlegen, die Gemeinden definieren daraus, was ein «bedarfsgerechtes» Angebot bedeutet. Zudem braucht es höhere kantonale Kinderabzüge von bis zu 25 000 Franken in allen Kantonen.

Kinder auf die Welt stellen ist nicht mehr die Norm, aber Kinder sind systemrelevant. Das Problem des demografischen Wandels ist sehr ernst zu nehmen, wie mein Herkunftsland Südkorea zeigt. Ich will keinen All-you-can-eat-Service vom Staat. Mein Dilemma zwischen Karriere und Kinderwunsch aber bleibt. Lassen wir die jungen Leute mit ihren Bedenken einfach im Raum stehen und geben somit den Parteien von Mitte-links mit ihren Initiativen freie Bahn – oder handeln wir selbst als FDP?



**Je-Un Kang**  
Vorstandsmitglied FDP Frauen Kanton Zürich  
und FDP Uster



### WAHLKAMPF

## Influencer werden? Hard Work im FDP.TV Studio

In jeder Gemeinde ein FDP-Influencer: Das ist das ambitionierte Ziel des Influencer-Programms der FDP Kanton Zürich. Auslöser dafür ist, dass der Trend zu kurzen Videobeiträgen auch in der Politik angekommen ist. In der Schweiz sind die Nationalräte Andri Silberschmidt und Simon Michel gute Beispiele, welche beide schon fast täglich Videos produzieren.

Um uns für die anstehenden Wahlen optimal aufzustellen, haben wir das FDP.TV Studio ins Leben gerufen. Dieses moderne Studio dient als Drehort, Schulungszentrum und Kreativhub für alle, die als

politische Influencer durchstarten möchten. Christian Mossner und ich bilden im Rahmen des Programms FDP-Politiker und -Politikerinnen aus, welche als Influencer wirken möchten.

Technik, Auftreten, Inhalte und Veröffentlichung werden geschult und geübt. Bereits zwei Lehrgänge wurden erfolgreich durchgeführt, und die Ersten produzieren bereits fleissig.

Wer sich dafür interessiert – und die Arbeit nicht scheut –, soll sich auf die Warteliste setzen lassen (E-Mail [kang@fdp-zuerich.ch](mailto:kang@fdp-zuerich.ch)) für den Kurs am **Samstag, 4. Oktober**.

## Gemeinsam in den Wahlkampf

Die Kantonalpartei bietet für den Gemeindevahlkampf 2026 ein breites Servicepaket: laufende Social-Media-Schulungen in Zürich und Winterthur, spezielle Influencer-Trainings mit Gemeinderat Flurin Capaul, eine Website für Giveaways sowie Ausleihe und vergünstigte Bestellungen von Standaktionsmaterialien. Für die Plakate wurden Rabatte bei APG und Goldbach Neo (Buchungsstart ab 6. Oktober) vereinbart.

Kandidierenden-Websites sind bis zum Ende des Wahlkampfs für 270 Franken/Jahr buchbar. Zudem stehen empfohlene Grafiker und Fotografen bereit. Slogans werden aktuell nach Zielgruppen und Regionen getestet und grafisch aufbereitet.

Standmaterialien können wie gewohnt über [www.fdp-zh.ch](http://www.fdp-zh.ch) ausgeliehen werden. Auf der digitalen Plattform «Infohub» stehen Vorlagen und Informationen bereit; für den Zugriff bitte die Geschäftsstelle kontaktieren.

Wichtig: Leider fehlen immer noch einige Angaben zu den Wahlkampfleitungen. Bitte rasch an [kang@fdp-zh.ch](mailto:kang@fdp-zh.ch) melden, damit wir euch in den Wahlkampfverteiler aufnehmen können.

**Christian Mossner, FDP Kreis 10,  
Video- und Storytelling-Champion  
Flurin Capaul, Gemeinderat FDP Kreis 3,  
digitaler Wahlkampf FDP Kanton Zürich**

### AUS DEM NATIONALRAT

## Dringend nötige Gesamtschau zur AHV-Finanzierung

Gleich unter verschiedenen Titeln beschäftigt sich das Schweizer Parlament zurzeit mit der AHV.

An erster Stelle geht es um die 13. AHV-Rente, welche sich das Schweizer Stimmvolk gegönnt hat und die nun ab dem nächsten Jahr ausbezahlt wird. Wie diese finanziert werden soll, war bei der Abstimmung indessen völlig offen und ist es noch. Dann liegt eine Vorlage auf dem Tisch des Nationalrates, bei der es um die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern und allgemein um die Modernisierung der Hinterlassenenrenten geht. Diese Diskussion wird parallel zu jener über eine Initiative der Mitte geführt, welche die Leistungen für Ehepaare in der AHV verbessern will, Kostenpunkt: rund 4 Milliarden Franken im Jahr 2035. Schliesslich und nicht zuletzt geht es ganz grundsätzlich um die längerfristige Sicherung unseres wichtigsten Sozialwerks, das sich ab 2030 negativ entwickelt und ab 2035 grosse Defizite aufweist, wenn wir keine Massnahmen ergreifen. In den nächsten Jahren werden nämlich Hunderttausende von Babyboomern in Pension gehen und ab dann eine Rente beziehen.

Die 13. AHV-Rente soll gemäss Vorschlag des Bundesrates über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden. Dies ist klar abzulehnen. Einmal mehr würde damit der Mittelstand und würden die kleinen und mittleren Unternehmen hauptsächlich belastet werden. Wenn wir die AHV nachhaltig sichern wollen, und dies nicht einfach auf dem Buckel der nächsten Generation, dann braucht es einen Mix aus Massnahmen, und diese müssen auch auf der Leistungsseite ansetzen. Es ist offensichtlich, dass eine Erhöhung des Rentenalters dabei die grösste Wirkung haben würde. Diese Diskussion darf deshalb nicht länger tabu sein, in anderen Ländern Europas hat man diesen Schritt schon längst gemacht. Die FDP fordert deshalb, eine Schuldenbremse in der AHV einzuführen: Fällt der AHV-Fonds unter 90 Prozent, soll automatisch ein Mechanismus greifen, der eine Kombination aus Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen halben Prozentpunkt und Erhöhung des Rentenalters um ein halbes Jahr vorsieht.

Wir verlangen vom Bundesrat, endlich eine Gesamtschau vorzulegen, die Finanzierungsbedarf

der AHV und mögliche Massnahmen ab 2030 in einem Konzept aufzeigt. Ausbauvorhaben, die nicht finanziert sind, lehnen wir ab, einseitige Steuerbelastungen ebenso. Dies war schon immer falsch, angesichts der sich eintrübenden Wirtschaftssituation erst recht. Die Herbstsession des Nationalrates wird zeigen, ob sich die Vernunft durchsetzt.

Und ja – die AHV wird das Parlament auch noch länger beschäftigen.



**Regina Sauter, Nationalrätin**

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER

## «Klimaschutz ja – aber realistisch und im Einklang mit dem Volksentscheid»

Die FDP Kanton Zürich unterstützt das Referendum gegen das neue kantonale Energiegesetz. Kantonsrätin Sarah Fuchs erklärt, warum Netto-Null 2040 der falsche Weg ist – und was liberale Klimapolitik stattdessen leisten muss.

### Frau Fuchs, warum lehnt die FDP das neue Energiegesetz ab?

Die FDP befürwortet Klimaschutz – aber realistisch, finanzierbar und mehrheitsfähig. Das neue Energiegesetz geht deutlich weiter als der nationale Volksentscheid von 2023, der Netto-Null bis 2050 festgelegt hat. Die Zürcher Vorlage will dieses Ziel um zehn Jahre auf 2040 vorziehen und ein verbindliches Zwischenziel 2030 vorschreiben. Damit setzt sich der Kanton einen Zeitplan, der technisch kaum machbar und wirtschaftlich überfordernd ist. Bereits heute sieht der Massnahmenplan des Regierungsrats 119 Einzelmassnahmen vor. Die Kosten: rund eine Milliarde Franken pro Jahr über die nächsten 20 Jahre – vier Fünftel davon tragen Private und Unternehmen, also jährlich

500 Franken pro Person. Ein schnelleres Tempo würde diese Belastung noch erhöhen.

### Macht sich die FDP mit dieser Haltung nicht zur Bremserin beim Klimaschutz?

Nein. Die FDP anerkennt die Verantwortung, unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Umwelt zu hinterlassen. Aber Klimapolitik muss ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Ein unrealistisches Gesetz führt zu Verboten, hohen Kosten und Akzeptanzverlust – und schadet damit letztlich dem Klimaschutz. Zudem respektiert die FDP den klaren Volksentscheid von 2023: Netto-Null bis 2050 – auf nationaler wie kantonaler Ebene. Unterschiedliche Fahrpläne schaffen nur Verwirrung und Doppelspurigkeiten.

### Wie sieht aus Sicht der FDP eine zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik aus?

Die FDP setzt auf Innovation, Fortschritt und gute Rahmenbedingungen statt auf Verbote und Zwang. Klimaziele müssen ambitioniert, aber erreichbar

sein. Lenkungsmaßnahmen nach dem Verursacherprinzip schaffen Kostenwahrheit und fördern klimafreundliche Entscheidungen ohne unnötige Bürokratie. Investitionen in erneuerbare Energien, effiziente Gebäude, nachhaltige Mobilität und neue Technologien sind entscheidend – für wirksamen Klimaschutz, der Arbeitsplätze sichert und Wohlstand erhält.



Sarah Fuchs, Kantonsrätin

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER

## Nein zur unnötigen Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung im Kanton Zürich

Bereits heute werden jährlich 1,3 Milliarden Franken an Prämienverbilligungen ausbezahlt. Von einer Erhöhung profitieren finanziell schwach gestellte Personen nicht. Am 30. November gilt es deshalb: Nein zur Ausweitung der IPV!

### Wieso stimmen wir ab?

Eine Mehrheit aus SP, Grüne, AL, EVP, GLP und Die Mitte möchte den Kantonsanteil an der individuellen Prämienverbilligung (IPV) von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags erhöhen. Dies würde Mehrausgaben für den Kanton in der Höhe von rund CHF 50 Millionen jährlich bedeuten. Die FDP hat zusammen mit der SVP das Kantonsratsreferendum ergriffen.

### Wie ist die IPV finanziert?

Stand heute werden schwindelerregende 1,3 Milliarden Franken im Kanton Zürich jährlich an IPV ausbezahlt. Davon bezahlt der Bund 633 Millionen Franken. Der Regierungsrat hat in den vergangenen Jahren jeweils freiwillig 92 Prozent statt wie

gesetzlich vorgeschrieben 80 Prozent des Bundesbeitrags für die IPV eingesetzt.

### Wieso lehnt die FDP die Ausweitung der IPV ab?

- Finanziell schwach gestellt Personen profitieren nicht: Die Erhöhung erfolgt nicht bedarfsgerecht, sondern nach dem Gieskannenprinzip. Insbesondere Personen mit sehr hohen Einkommen profitieren, die tiefen Einkommen werden praktisch leer ausgehen.
- Hohe Einkommen gewinnen: Die Erhöhung kommt vor allem Personen mit einem hohen Einkommen zu Gute.
- Systemänderung angezeigt: Die Regierung hat mit dem Bericht zum Postulat 422/2023 und aufgrund des Inkrafttretens des Gegenvorschlags der Prämienverbilligungsinitiative verdeutlicht, dass das aktuelle System Schwächen aufweist. Der Regierungsrat wird das System entsprechend anpassen und optimieren.
- Bereits heute hohe IPV-Ausschüttungen: Über 1,3 Milliarden Franken werden bereits heute ausgeschüttet. Zudem schüttet der Regierungsrat

deutlich mehr IPV aus, als er dazu gesetzlich verpflichtet wäre.

- Unnötige Gängelei: In den letzten 15 Jahren hat sich die Zürcher Stimmbevölkerung bereits dreimal gegen eine Erhöhung der Individuellen Prämienverbilligung ausgesprochen.

**Die FDP steht hinter der Unterstützung jener, die es nötig haben** – auch bei den Prämienverbilligungen. Die aktuelle Vorlage schießt aber weit über das Ziel hinaus.



Claudio Zihlmann, Franktionspräsident

## FDP-Frauen

Bild: FDP Frauen beider Basel



Mit einem breit abgestützten Vorstand und frischen Impulsen startet die Sektion in eine neue Etappe. Der offizielle Kick-Off am 12. September bietet Gelegenheit zum Kennenlernen, zum Vernetzen und zum Einstieg in die gemeinsame Arbeit. Ziel ist es, freisinnige Positionen und frauenpolitische Anliegen in der Region Basel wirksam und sichtbar zu vertreten.

Mehr Informationen:  
[www.fdpfrauenbeiderbasel.ch](http://www.fdpfrauenbeiderbasel.ch)



**Tamara Hunziker,**  
Präsidentin FDP Frauen beider Basel

Die freisinnigen Frauen aus Basel-Stadt und Baselland spannen zusammen: Mit der Gründung der bikantonalen Sektion FDP Frauen beider Basel entsteht eine neue politische Kraft, die über die Kantonsgrenzen hinweg denkt und handelt. Aus der Stadtsektion wird eine bikantonale Plattform für freisinnige Frauen, die sich gemeinsam Gehör verschaffen – in der Politik, in der Öffentlichkeit und im Alltag.

Dieser Zusammenschluss ist kein symbolischer Akt, sondern das Resultat gewachsener Zusammenarbeit. In den letzten Jahren hatten sich Frauen aus dem Baslerbiet vermehrt in der Basler Sektion engagiert. Mit der neuen Struktur wird diese gewachsene Zusammenarbeit gefestigt und organisatorisch verankert.

Inhaltlich bleiben die Linien klar: Bildung, Gesundheit und Sicherheit im Alltag stehen im Fokus. Gleichzeitig bleibt Raum für weitere Themen, die Frauen in der Region bewegen. In den vergangenen Jahren haben die FDP Frauen Basel-Stadt im Grossen Rat

erfolgreich politische Vorstösse eingebracht, unter anderem im Bereich sexualisierter und häuslicher Gewalt. Auch künftig soll dort angesetzt werden, wo konkrete Verbesserungen möglich und politisch zielführend sind.

Die neue Sektion will nicht nur politisch mitreden, sondern auch Raum für Austausch, Begegnungen und gegenseitige Unterstützung schaffen. Sie organisiert Anlässe, regt zum Austausch an und setzt thematische Schwerpunkte. Sichtbarkeit und Präsenz sind dabei ebenso zentral wie die Stärkung freisinniger Frauen in Wahlkämpfen und Mandaten.

**GROSSPLAKATE**

**15% RABATT\***

**ALLWETTER-LEICHTPLAKATE® FREEFORM**

**DEIN PARTNER FÜR WAHLWERBUNG**

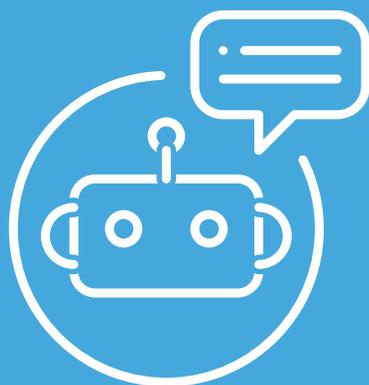
Die FDP und Flyerline spannen zusammen. Als Druckpartner profitierst du von 15% Rabatt auf über 400 Standard-Drucksachen.

- Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten
- Günstige Preise & top Qualität
- Versandaufteilung und weitere Services
- Sortenwechsel für Grossplakate und Allwetterleichtplakate®

\* Einlösbar mit dem Code FLFDP25. Mehrfach einlösbar bis 31.12.2025. Gültig für Online-Bestellungen mit einem Flyerline Kundenkonto. Nicht kumulierbar.

gedruckt in der schweiz

**flyerline.ch**  
Mehr als eine Online-Druckerei



FAKTEN STATT BEHAUPTUNGEN

# Die Bilateralen III

progresuisse setzt sich für eine offene, erfolgreiche und vernetzte Schweiz ein. Dafür fördern wir eine faktenbasierte, konstruktive Debatte über die Bilateralen III. Damit Substanz statt Schlagworte zählen, haben wir den Bilabot entwickelt – einen KI-Assistenten, der auf offiziellen Dokumenten, Gutachten sowie Studien zu den Bilateralen III basiert.

Bilden Sie sich jetzt Ihre eigene Meinung – mit dem Bilabot.

# **PROGRESUISSE**

Mehr erfahren unter [progresuisse.ch](https://progresuisse.ch)



## Unsere Parolen

für die nationalen Abstimmungen vom 18. September 2025

Abstimmung vom 18. September 2025

**Einführung E-ID**



\*Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID) (BBl 2025 20)

Abstimmung vom 18. September 2025

**Abschaffung  
Eigenmietwert**



\*Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (BBl 2025 17)

# Neue bilaterale Verträge Schweiz–EU

## Entscheidungsprozess der FDP

Während die FDP sich schon immer für die Bilateralen I und II einsetzte, ist ihre Position zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union (EU), die in den letzten Wochen und Monaten für viel Wirbel sorgten, noch offen. Die FDP prüft derzeit sorgfältig die Vor- und Nachteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen, bevor die Delegierten an der Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Umso wichtiger ist es daher, dass wir verlässliche und stabile Beziehungen zum europäischen Wirtschaftsraum haben. Gleichzeitig müssen die Vor- und Nachteile der neuen Verträge sorgfältig geprüft werden. Anders als andere Parteien jubelt die FDP die Verträge weder hoch, noch verdammt sie sie vorzeitig.

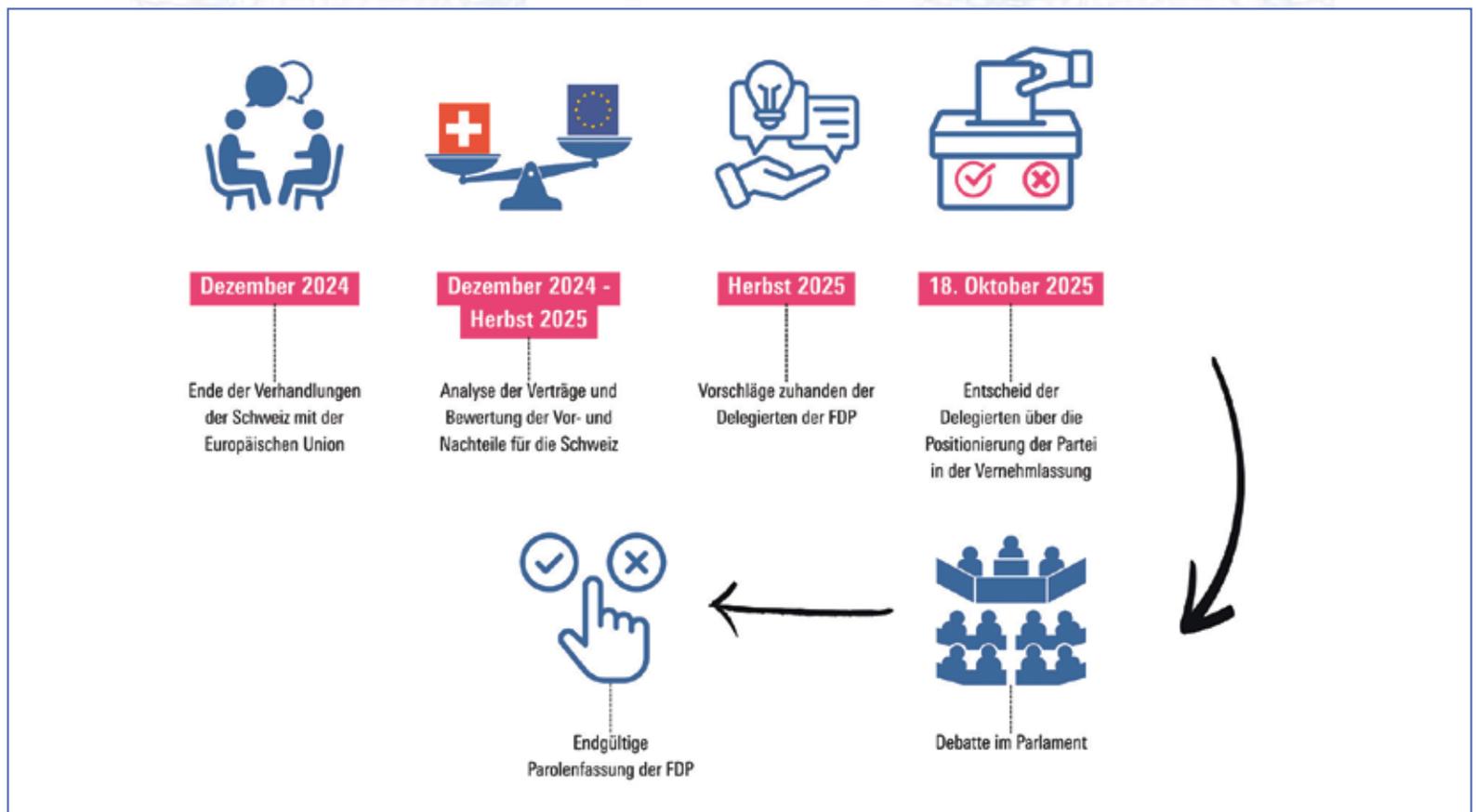
In diesem Sinne hat die FDP eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Verträge nun genau prüft. Ziel der Gruppe ist es:

- 1** Die Freiheit und Souveränität der Schweiz zu bewahren, damit wir auch in Zukunft über die Geschehnisse unseres Landes selbst entscheiden können.
- 2** Den Wohlstand zu erhalten, den sich die Schweiz mit Fleiss, Geschick und unter glücklichen Umständen sowie mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.

Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz hat die Arbeitsgruppe zwei Aufgaben:

- 1** Die Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden, und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.
- 2** Die Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion sowie die Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.

In einem letzten Schritt werden dann sämtliche eidgenössischen Delegierten der FDP anlässlich der kommenden Delegiertenversammlung am 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden.



# 25 Jahre Bilaterale

## Erfolgsmodell mit Zukunft

Die Schweiz ist Weltmeisterin im Globalisieren. Kein Zufall – sondern Strategie. Als kleines Land ohne Rohstoffe in der Mitte Europas haben wir unsere Wirtschaftsbeziehungen breit diversifiziert. Ein Erfolgsrezept.

Doch so global wir auch denken: Geografisch bleiben wir mitten in Europa. Und unser wichtigster Partner ist die EU – historisch kompliziert, aber unverzichtbar.

Der bilaterale Weg ist das beste Beispiel. Ursprünglich als Provisorium gedacht, ist er seit 25 Jahren eine Erfolgsgeschichte. Eine massgeschneiderte, eigenständige, ja, freisinnige Lösung zwischen Alleinangang und Beitritt.

Aber: Für die EU ist Stillstand keine Option. Für die Schweiz auch nicht. Während sich der Binnenmarkt dynamisch weiterentwickelt, bleiben unsere Verträge statisch. Institutionelle Regeln für die Rechtsübernahme (nur dort, wo wir uns am EU-Markt beteiligen wollen) und für die Streitbeilegung sind für Brüssel die Bedingung, damit der bilaterale Weg weitergeht.

Der Bundesrat hat alle Alternativen geprüft. Das Fazit ist klar: Der bilaterale Weg dient den Interessen der Schweiz am besten. Darum wollen wir ihn stabilisieren und weiterentwickeln.

### Darum lohnt sich das Paket:

- À la carte gesicherter Zugang zum EU-Binnenmarkt dank den Bilateralen I (Luft- und

Landverkehr, Warenhandel, Landwirtschaftsprodukte, Freizügigkeit der Arbeitnehmenden).

- Ein Stromabkommen für mehr Versorgungssicherheit.
- Ein Gesundheitsabkommen zum Schutz unserer Bevölkerung.
- Ein Lebensmittelsicherheitsabkommen für hochwertige Produkte auf unseren Tellern.
- Teilnahme an Forschungsprogrammen wie Horizon.

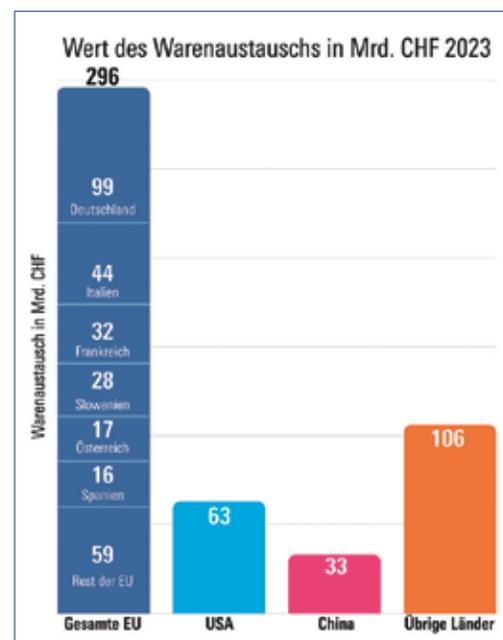
### Was für die Schweiz gesichert bleibt:

- Direkte Demokratie: bleibt unangetastet.
- Schiedsgericht: entscheidet im Streitfall, der EuGH erhält keine neuen Kompetenzen.
- Beihilfenregelung: nur in den Abkommen Strom, Land- und Luftverkehr.
- Personenfreizügigkeit: weiterhin nur für Personen mit Arbeitsvertrag. Keine Einwanderung in die Sozialwerke. Neu: eine Schutzklausel bei grossen wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten.
- Lohnschutz: bleibt gewährleistet.

Kurz: Während das institutionelle Rahmenabkommen zu stark die EU-Perspektive widerspiegelt hat, bietet das neue Paket einen fairen Interessenausgleich. Genau das forderte das FDP-Positionspapier von 2022 – und genau das haben wir erreicht.

### Warum jetzt?

Weil die Welt sehr unruhig ist: Krieg in und um Europa (Ukraine, Naher Osten, Sudan usw.), neue



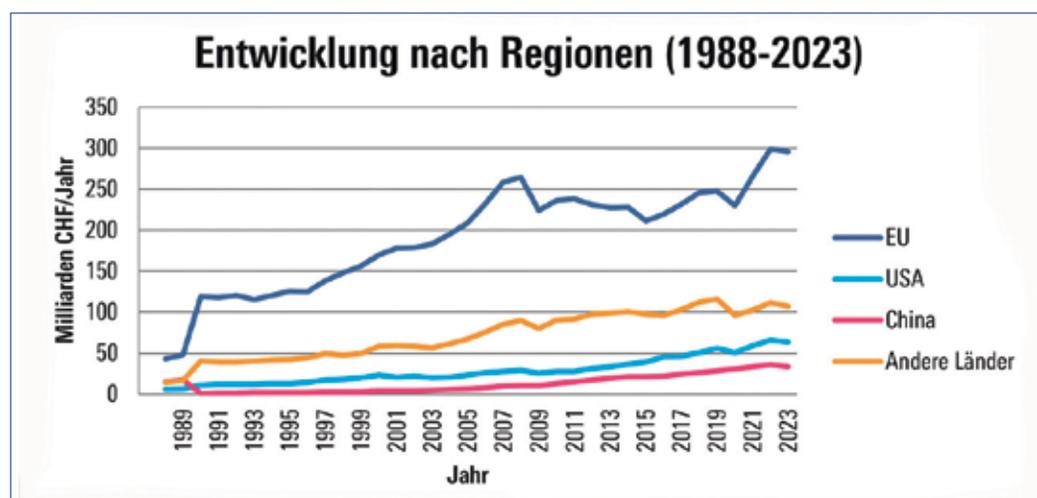
Wichtigste Handelspartner, gemessen an der Summe der Exporte und Importe im Jahr 2023 (gerundete Beträge). Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Blockbildungen, mehr Handelsbarrieren, Rückkehr der Machtpolitik. Die Geografie schafft Fakten.

Deshalb gilt es, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren, mit den USA Lösungen für Handelsbarrieren zu suchen und das Freihandelsabkommen mit China zu modernisieren. Diese drei Partner sind für unseren Wohlstand unverzichtbar: die EU an erster Stelle mit dem weitaus grössten Handelsvolumen, gefolgt von den USA (ein Drittel davon) und China (ein Zehntel). Es geht nicht darum, zwischen ihnen zu wählen, sondern alle drei zu pflegen.

Das neue Paket mit der EU gibt uns Stabilität. In einer unsicheren Welt ist das Gold wert. Der bilaterale Weg ist keine Nostalgie – er ist eine strategische Notwendigkeit.

Oder, um es mit Gottfried Keller zu sagen: «Freiheit muss erkämpft, Wohlstand verdient und Unabhängigkeit immer wieder neu gesichert werden.»



Handelszahlen und Handelsentwicklung der drei wichtigsten Partner EU, USA und China seit 1988.



Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

# Verantwortung für unseren Wohlstand

## Argumente für die neuen Verträge mit der EU

1999 war es unser FDP-Bundesrat Pascal Couchepin, der die ersten bilateralen Verträge unterzeichnete, die der Schweizer Wirtschaft einen massgeschneiderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglichten. Die Bilateralen haben uns seither **Wohlstand, Sicherheit und Stabilität** gebracht. Vor über zehn Jahren waren es unsere freisinnigen Bundesräte Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann, die als Aussen- und Wirtschaftsminister die Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges angestossen haben. **Der Schweizer Mittelstand ist dank der wirtschaftlichen Offenheit vermögend geworden.** Als Exportnation verdienen wir zwei von fünf Franken im Handel mit dem Ausland. **Die Hälfte der Schweizer Warenexporte geht in die EU, unsere wichtigste Handelspartnerin.** Vor allem für Schweizer KMU, die über keine eigenen Standbeine in der EU verfügen, ist der hindernisfreie Marktzugang absolut essenziell.

Im europäischen Vergleich beschreitet die Schweiz mit den Bilateralen einen **einzigartigen Sonderweg**. Wo es in unserem Interesse liegt, haben wir **massgeschneiderte Abkommen** abgeschlossen, in den allermeisten Bereichen bleiben wir Drittstaat und regeln autonom. Die bilateralen Abkommen haben nicht nur den Handel zwischen der Schweiz und der EU vereinfacht, sondern auch die Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen gestärkt, etwa beim Luft- und Landverkehr, bei der Landwirtschaft, der Strafverfolgung und beim Asylwesen. Zudem ermöglichen sie uns die Zusammen-

arbeit in EU-Programmen wie beispielsweise in der Forschung, beim Zugang zu Satelliten oder in Polizei- und Sicherheitsaufgaben.

Heute tragen wir die Verantwortung, diesen erfolgreichen Weg in die Zukunft zu führen. Die geopolitische Lage ist so unsicher wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, die USA sind kein verlässlicher Handelspartner mehr, und der internationale Wettbewerb verschärft sich. In dieser Situation braucht unser Land **Stabilität** – und dafür braucht es verlässliche Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern. **Die Bilateralen III sichern die heutigen Abkommen ab und schaffen Rechtssicherheit für unsere Wirtschaft.**

### Grundsatzentscheid: bilateraler Weg – ja oder nein?

**Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz als Erfolgsmodell erwiesen. Der Status quo erodiert und ist somit keine langfristige Option.** So stehen wir vor einem Grundsatzentscheid: Wenn wir weiterhin den bilateralen Weg gehen wollen, müssen wir die bestehenden Abkommen modernisieren. Ohne eine Modernisierung erodieren die bilateralen Abkommen weiter, und die Schweiz verliert den präferierten Zugang zum EU-Markt, welcher durch die Bilateralen garantiert ist. Die Schweiz würde in für uns zentralen Bereichen wie Handel oder Verkehr schrittweise zum Drittstaat.

Liebe Freisinnige – heute müssen wir uns die Frage stellen: Was für eine Schweiz wollen wir? Stehen

wir zu unseren Wurzeln, indem wir im Interesse des Mittelstandes und der KMU gute Rahmenbedingungen schaffen und damit die Basis für eine prosperierende Zukunft der Schweiz legen? Nehmen wir als FDP die neue geopolitische Realität ernst und sichern uns gute Beziehungen mit unseren Nachbarn? Oder beenden wir die Errungenschaften aus 25 Jahren gemeinsamen Weges?

**Die Verträge sind nicht perfekt. Aber es gibt keine perfekten Verträge. Es ist immer ein Geben und ein Nehmen. Wir behalten den vollen Zugang zum Binnenmarkt, ohne EU-Mitglied sein zu müssen. Wir regeln dort, wo wir regeln wollen, überall sonst nicht. Wir übernehmen mit den Bilateralen III gerade einmal 95 von rund 14000 EU-Rechtsakten, abschliessend. Der Streit-schlichtungsmechanismus bedeutet nichts anderes als Fairness. Er sorgt dafür, dass die Schweiz ihre Rechte einfordern kann, wenn sie im Binnenmarkt benachteiligt wird, und umgekehrt. Das ist ein Schutzschild – kein Souveränitätsverlust – und ein echter Vorteil gegenüber heute.**

**Auf der anderen Seite generieren wir potenzielle Mehrkosten im Familiennachzug von gut 50 Millionen Franken und erhalten einen Automatismus in der Übernahme von Bestimmungen – aber natürlich nur in den Bereichen, in denen wir das wollen, nirgends sonst.** Und falls wir trotzdem irgendeinmal etwas wirklich nicht mehr möchten, dann können wir den Vertrag kündigen. Es sind Verträge. **Wir werden im politischen Prozess einige der vorgelegten Gesetze verbessern müssen.** Die vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahme im Bereich des erweiterten Kündigungsschutzes lehnen wir zum Beispiel ab. Sie ist sachfremd und wurde von den Gewerkschaften eingebracht.

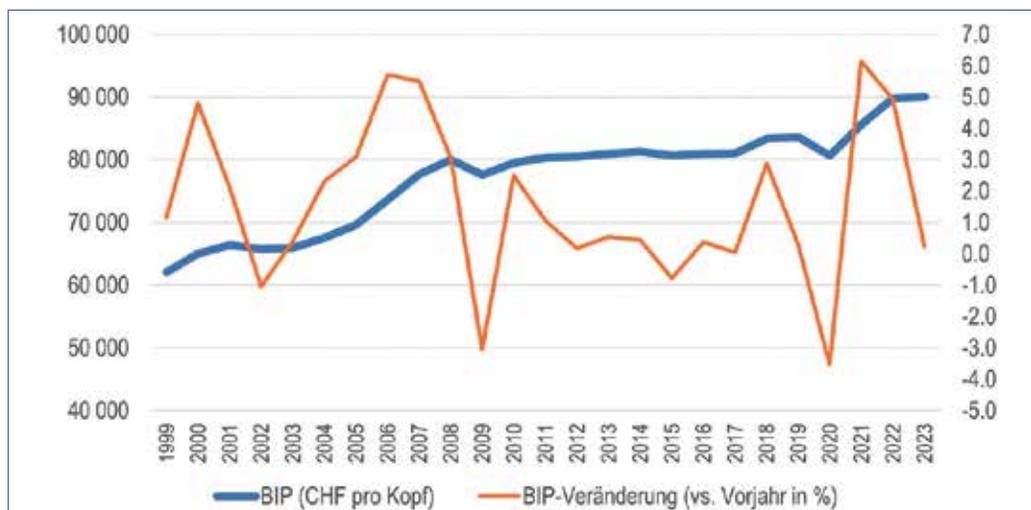
### Wie sagen JA, weil:

- wir den Schweizer Wohlstand sichern möchten;
- wir stabile Beziehungen mit unseren wichtigsten Partnern brauchen;
- wir an eine zukunftsfähige Schweiz glauben.

**Die Bilateralen III sind kein Risiko – sie sind eine Chance und Investition in unsere Zukunft. Eine Zukunft, die wir als FDP mitgestalten wollen.**



**Simon Michel,**  
Nationalrat Solothurn



**Entwicklung BIP in der Schweiz:** Während wir Schwankungen im BIP-Wachstum zu den Vorjahren erlebt haben, hat das BIP pro Kopf seit der Unterzeichnung der Bilateralen I 1999 um über 50 Prozent zugenommen (links, blau: CHF; rechts, orange: %).



Die Schweiz braucht verlässliche Beziehungen zur EU. Doch die vorliegenden Verträge bedeuten eine unumkehrbare Passivmitgliedschaft und setzen unsere demokratische Ordnung ohne substanziellen Nutzen unter Druck.

Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit der EU verbunden. Die Unternehmen, Hochschulen beider Seiten und letztlich wir alle profitieren vom Zugang zum Markt, von der Forschungszusammenarbeit oder von vereinfachten Reisen. Stabile vertragliche Beziehungen sind deshalb im gegenseitigen Interesse.

Die neuen EU-Verträge sind jedoch mit zentralen Prinzipien unseres Staatsverständnisses nicht vereinbar. Es geht um Grundsätzliches: das Primat des Volksentscheids und eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung.

## 1 Dynamische Rechtsübernahme: Sanktionen bei Volksentscheid

Kern des neuen Vertragswerks ist die «dynamische Rechtsübernahme». Künftig würde Brüssel entscheiden, was in den sektoriellen Abkommen gilt. Neue Regeln der EU würden quasi automatisch übernommen, sofern sie einen Zusammenhang mit einem Vertragsgebiet aufweisen. Das Schweizer Parlament müsste sie unter Zeitdruck durchwinken – bei Ablehnung drohen Sanktionen.

Auch ein demokratischer Volksentscheid gegen eine neue Regel würde mit Sanktionen belegt wer-

den. Denn im Vertrag ist vorgesehen, dass jegliche Abweichungen zu einseitigen Sanktionen der EU führen. Das Schweizer Stimmvolk dürfte also noch abstimmen, aber nur unter der Drohung von Sanktionen. Das entwertet unsere direkte Demokratie nachhaltig.

## 2 Geringer wirtschaftlicher Nutzen

Der Bundesrat begründet das Vertragswerk mit wirtschaftlichen Argumenten. Doch selbst wenn – was kaum realistisch ist – alle bisherigen bilateralen Verträge aufgehoben würden, zeigen die Zahlen ein anderes Bild: Eine vom Bund in Auftrag gegebene Studie kommt zum Schluss, dass das Bruttoinlandprodukt pro Kopf über 20 Jahre kumuliert um nur 1,65 Prozent weniger wachsen würde. Das entspricht etwa 0,08 Prozent pro Jahr – weniger als einem Promille. Für diesen minimalen Effekt sollten wir unsere politische Eigenständigkeit nicht so stark einschränken.

## 3 Migration: Die Realität übertrifft alle Prognosen

Ein besonders sensibler Punkt ist die Zuwanderung – u.a. mit negativen Folgen für den Wohnungsmarkt. Die Erfahrung mit der Personen-

freizügigkeit zeigt: Die Prognosen lagen massiv daneben. Im Abstimmungskampf zur Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 prognostizierte der Bundesrat netto maximal 10000 Zuwanderer pro Jahr aus der EU. Tatsächlich kamen in den folgenden rund 20 Jahren im Schnitt über 40000 Personen pro Jahr – 2024 sogar über 50000. Statt der prognostizierten 200000 Personen wanderten nahezu ein Million Personen ein.

Die neue Unionsbürgerrichtlinie, die im Rahmen der Verträge übernommen werden soll, würde diesen Trend verstärken: Mit dem erleichterten Familiennachzug könnten Nichterwerbstätige sogar aus Drittstaaten einfach in die Schweiz einreisen, Daueraufenthalt erhalten und eine Ausweisung wäre kaum mehr möglich. Die ausgehandelte Schutzklausel ist eine Fehlkonstruktion und wird kaum je Anwendung finden – ein Papiertiger.

## 4 Kohäsionsbeitrag ohne eigenständig bestimmbare Zweckbindung

Die Schweiz soll jährlich 350 Millionen Franken Kohäsionsbeitrag leisten – ohne eigenständig bestimmen zu können, wohin das Geld geht. Mit einem Bruchteil dieser gewaltigen Summe von 3,5 Milliarden über zehn Jahre könnte man inländische KMU gezielt unterstützen, um den administrativen Aufwand im EU-Handel zu bewältigen.

## Nein nach sorgfältiger Güterabwägung

Ja, die Schweiz will stabile Beziehungen zur EU – aber nicht um jeden Preis. Die neuen Verträge schränken unsere Souveränität zu stark ein. Sie schaffen unumkehrbar eine passive EU-Teilmitgliedschaft und bringen keine substanziellen wirtschaftlichen Vorteile. Statt dynamischer Rechtsübernahme braucht es Verhandlungen auf Augenhöhe. Statt institutioneller Anbindung brauchen wir funktionierende sektorielle Abkommen, wie sie heute bestehen. Das ist kein Nein zur EU, sondern ein JA zur direktdemokratischen Schweiz.



**Filippo Leutenegger,**  
Co-Präsident Arbeitsgruppe EU-Verträge

# Abstimmungen

Bild: Ständerat Hans Wicki (NW) vertrat die Ja-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwerts. Foto: Jannik Kaiser



Beim Eigenmietwert handelt es sich um ein Überbleibsel der im Ersten Weltkrieg eingeführten Kriegssteuer. Im Bild: Infanterie Rekrutenschule vor der Kaserne Zürich während des Ersten Weltkrieges, Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR#E27#1000/721#14096#333\*).



Amerikanische Briefmarke von 1998, welche an den Börsencrash von 1929 und die damit verbundene Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre erinnert. Foto, Valérie Loiseleux

Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen.

## Woher kommen der Eigenmietwert und die Besteuerung eines fiktiven Einkommens?

Zu Beginn gab es in der Schweiz keine direkten Steuern auf Bundesebene und die Einnahmen des Bundes bestanden bis zum Ersten Weltkrieg fast ausschliesslich aus Zolleinnahmen. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, dem damit verbundenen Einbruch der Zolleinnahmen und den Kosten der Mobilmachung sah sich der Bund jedoch gezwungen, 1915 erstmals eine direkte Steuer zu erheben.

Nachdem 1929 der Börsencrash in New York zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt hatte, beschloss der Bundesrat 1934 die Einführung des Eigenmietwerts. Die Idee dahinter war einfach: Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund des Fehlens von Wohneigentum Miete zahlen mussten, waren finanziell schlechter gestellt als jene mit Eigenheim. Diese Ungleichheit sollte durch die Erhebung einer Steuer auf den Eigenmietwert ausgeglichen werden.

## Warum soll der Eigenmietwert abgeschafft werden?

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre haben sich die Schweiz und unsere Gesellschaft gewandelt.

Das heutige System führt nicht zu einer finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter, sondern viel mehr zu einer Belohnung der Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, profitiert steuerlich. Mit der Abschaffung des Eigenmietwertes wird dieser Fehlreiz korrigiert und die Eigenverantwortung von Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern gestärkt.

Hinzu kommt, dass der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen, die ihr Eigentum bereits abbezahlt haben, steuerlich gegenüber Personen mit hohen Hypothekarschulden benachteiligt.

Zuletzt liegt die Einführung einer kantonalen Objektsteuer in der Kompetenz der Kantone. Diese ist kein Zwang, sondern ein freiwilliges Instrument zur Abfederung allfälliger Steuerausfälle.

## Was ändert sich mit der Abschaffung des Eigenmietwerts?

1. Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft – und zwar sowohl für selbst genutzte Haupt- als auch für Zweitwohnungen. Im Gegenzug entfallen die bisherigen Abzüge für Unterhaltskosten.

2. Während einer Übergangsphase können beim Kauf einer Erstwohnung Schuldzinsen für eine gewisse Zeit abgezogen werden.
3. Der Schuldzinsenabzug für vermietete Immobilien bleibt wie bisher bestehen.
4. Die Kantone können weiterhin Abzüge zulassen, beispielsweise für Energiesparmassnahmen, Umweltschutz oder Abbruchkosten.
5. Unterhaltskosten an schützenswerten, historischen Gebäuden bleiben abzugsfähig – sofern sie notwendig sind und nicht bereits durch Subventionen gedeckt werden.
6. Der Abzug von privaten Schuldzinsen wird eingeschränkt und ist nur noch anteilig möglich.



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»

Bild: Lucio Sansano, Leiter der Arbeitsgruppe, die das neue Positionspapier Medienpolitik ausgearbeitet hat, bei der Vorstellung des Papiers an der Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz in Fribourg.



## SRG teilprivatisieren!

Jungfreisinnige verabschieden neues Medienpapier

Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern in einem neuen Positionspapier eine tiefgreifende Reform der Schweizer Medienordnung. Mit einer deutlichen Senkung der Serafe-Gebühr, der Streichung des Unterhaltungsauftrags aus der Bundesverfassung und einer Teilprivatisierung der SRG wollen sie den Service public auf seinen Kernauftrag beschränken, die Medienlandschaft von Zwangsgebühren entlasten und fit für die digitale Zukunft machen.

Die Medienwelt verändert sich rasant. Streamingdienste, soziale Medien und On-Demand-Angebote prägen den Medienkonsum vieler Menschen, insbesondere der jungen Generation. Doch die jetzigen Strukturen und Regulierungen sind nicht mehr zeitgemäss und werden den neuen Realitäten nicht gerecht. Deshalb fordern wir Jungfreisinnigen mit dem jüngst verabschiedeten Positionspapier eine umfassende Neuordnung der Medienlandschaft.

### Serafe-Gebühr: 200 Franken sind genug!

Mit 335 Franken pro Haushalt erhebt die Schweiz eine der höchsten geräteunabhängigen Rundfunkgebühren weltweit – und das, obwohl vergleichbare Länder deutlich effizienter wirtschaften. Unser Positionspapier baut deshalb auf einer klaren Grundforderung auf: Die Serafe-Gebühr ist auf 200 Franken zu reduzieren. Wenn sich die SRG auf einen neu formulierten

Kernauftrag – sachliche Information, Bildung und Kultur – konzentriert, auf teure Unterhaltungsshowshows verzichtet und effizienter wirtschaftet, etwa indem sie auf überdimensionierte Reporter-Teams verzichtet, kann die Bevölkerung auch bei reduzierten Gebühren auf ein qualitativ hochwertiges Grundangebot zählen. Doch die Gebühren zu senken, reicht nicht. Wir müssen die Strukturen anpassen, um eine zukunftsfähige Medienordnung zu schaffen.

### Unterhaltung aus dem SRG-Auftrag streichen

Im Jahr 2024 investierte die SRG mehr als ein Fünftel ihrer Mittel in Unterhaltung. Gebührengelder finanzieren heute seichte Satire und Katzenvideos. Solche Inhalte deckt der private Markt längst erfolgreich ab. Zwangsgebühren sollen nur dort eingesetzt werden, wo ein demokratischer oder kultureller Mehrwert für die Schweiz entsteht. Deshalb

wollen wir den Begriff «Unterhaltung» aus dem Verfassungsauftrag für Radio und Fernsehen streichen und zudem die Unterhaltungssparte der SRG ausgliedern und privatisieren. So bleiben erfolgreiche Formate und deren Strukturen bei tatsächlicher Nachfrage erhalten, ohne dass Gebührenzahler dafür aufkommen müssen.

### Mehr Ausgewogenheit dank künstlicher Intelligenz

Ferner trägt die SRG eine besondere Verantwortung für ausgewogene und neutrale Berichterstattung. Wiederholte Rügen und der Vorwurf politischer Einseitigkeit haben jedoch das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Wir fordern deshalb neue Kontrollmechanismen, eine breiter zusammengesetzte Redaktion sowie den Einsatz eines neuen Open-Source-KI-Tools. Dieses soll jährlich eine Sentiment-Analyse des gesamten Programms vornehmen, politische Tendenzen und die Themenauswahl prüfen und so eine ausgewogenere Berichterstattung begünstigen. Die Ergebnisse gehören im Interesse der Demokratie und der Gebührenzahler transparent veröffentlicht.

### Weitere Reformfelder

Unser Positionspapier geht über die SRG hinaus. Wir fordern:

- mehr Digitalisierung und Subsidiarität im Radio- und Fernsehgesetz (RTVG),
- eine moderne Medienpolitik zur Stärkung des Lokaljournalismus – durch Investitionen in Infrastruktur statt direkte Subventionen –,
- strenge Transparenzaufgaben für staatsnahe Unternehmen wie Post und Swisscom sowie
- eine klare Absage an die sogenannte Linksteuer, die Inhalte künstlich verteuern und den freien Informationsfluss behindern würde.



Die Hintergründe zu all unseren Forderungen finden Sie in unserem Positionspapier unter dem hier abgedruckten QR-Code.



**Lucio Sansano,**  
Leiter Medienpolitik Jungfreisinnige,  
Nationalratskandidat 2023 FDP BL

Bild: Matrix, Egor Suvorov (Symbolbild)



# Chaosinitiative der SVP – eine Gefahr für die Schweiz

Weshalb ein Polizist die Initiative entschieden ablehnt

Mit der «Grenzschutz-Initiative» der SVP nimmt die wählerstärkste Partei erneut die Personenfreizügigkeit und die damit verbundenen Schengener Vertragswerke ins Visier. Die Annahme dieser Initiative hätte für die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land verheerende Folgen, da sie dadurch auf mindestens einem Auge blind wären.

### Was ist das Schengener Informationssystem?

Mit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin erhielten die Schweizer Polizistinnen und Polizisten Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS).

Im SIS werden Gegenstände wie gestohlene oder verlorene Ausweisdokumente, Fahrzeuge oder Waffen veröffentlicht. Was aber noch viel wichtiger ist: Auch Personen werden ausgeschrieben. Dabei handelt es sich nicht nur um Personen, die verhaftet werden müssen, sondern auch um solche, die direkt oder indirekt mit organisierter Kriminalität (beispielsweise Menschen- oder Drogenhandel) oder mit Terrororganisationen in Verbindung stehen, terroristisches Gedankengut vertreten oder nicht in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Davon betroffen sind auch in der Schweiz verurteilte Straftäter wie beispielsweise Einbrecher.

### Welche Auswirkungen hat der Wegfall des SIS?

Heute stehen der Polizei bei Verkehrs- oder Personenkontrollen die Informationen des SIS zur Verfügung, woraus Festnahmen von gesuchten Personen erfolgen können. Ebenso können durch gezielte

Fragen Informationen zu den (Reise-)Absichten einer Person gewonnen und an die entsprechenden Polizeikörper weitergeleitet werden.

Sollte die Grenzschutz-Initiative angenommen werden, würden diese Informationen wegfallen und unsere Polizistinnen und Polizisten auf der Strasse wüssten nicht mehr, wen sie vor sich haben. Sie wären also mindestens auf einem Auge «blind».

Aber auch für die Schweizer Polizeikörper hätte der Wegfall des SIS unschöne Nebenwirkungen. Der internationale Datenaustausch mit anderen Polizei- und Grenzschutzorganisationen müsste neu verhandelt werden. Bis dahin wären die schweizerischen Sicherheitsorgane im Ungewiss darüber, wie und wann sich Gruppierungen, sei es der organisierten Kriminalität oder Terroristen, organisieren oder was sie planen.

Zusammenfassend ist klar, dass durch den Wegfall des SIS ein wichtiges Instrument zur Wahrung der inneren Sicherheit verloren ginge.



**Flurin Schmid**, Polizist,  
Vizepräsident des Verbandes der Kantons-  
polizei St. Gallen, Präsident FDP Toggenburg

# Herzlichen Dank! Die neue FDP-Datenbank Tocco startet durch

Ihre Spenden haben dieses Projekt ermöglicht



Die Einführung der neuen FDP-Mitgliederdatenbank Tocco steht unmittelbar bevor. Das Tocco-Projektteam biegt somit in die Zielgerade ein, es ist bestens auf den Go live vorbereitet. Dabei geht es um viel: Mit Tocco startet eine entscheidende Grundlage für die Wahlen 2027. Unser grosser Dank gilt all denjenigen, die an Tocco geglaubt und die neue Datenbank mit ihrer Unterstützung möglich gemacht haben.

«Für alle, die den Wecker stellen» gilt auch für das Tocco-Projektteam. Nach etlichen Projekt-Calls, einer viertägigen Poweruserschulung, unzähligen Testszenarien, online durchgeführten Kursen für die Kantone und einer aufwendigen Datenmigration ist es nun so weit: Am 12. September um 12 Uhr wird Tocco für die FDP live geschaltet. Ab dann finden alle Mutationen in unserer neuen Datenbank statt. Damit wird – nach sage und schreibe 17 Jahren – die bisherige Datenbank Adressix abgelöst. Wobei uns das alte Werkzeug noch bis Ende 2025 als Informationstool zur Verfügung stehen wird.

Was für viele Software-Einführungen gilt, gilt auch hier: Einführungen laufen nie ohne Nebengeräusche ab. Das Projektteam ist dafür gewappnet. Im Generalsekretariat der FDP Schweiz steht ein Team von Powerusern bereit, um die Supportanfragen zu beantworten und Hilfestellung zu leisten. Dafür haben wir uns in der Sommerpause vorbereitet, unter anderem mit einer sorgfältigen Dokumentation zur Tocco-Benutzung im Alltag. Im Hintergrund steht auch die verantwortliche Softwarefirma zur Verfügung, um die Kantone und Gemeinden nach Kräften bei der Einführung zu unterstützen. Ziel ist, dass all unsere Geschäftsstellen und Verantwortlichen der FDP die nötige Sicherheit in der Bedienung von Tocco erhalten und

ihre Daten wie gewohnt bewirtschaften können.

Zu diesem Ziel haben wir intensiv an der Migration der Daten gearbeitet, dem sog. Data-Mapping, um alle Mitgliederdaten in Tocco «greifbar» zu machen. Tocco verfügt über zwei unterschiedliche «Gesichter», also über zwei Bedienungsoberflächen: Die kantonalen Geschäftsstellen werden mit dem Tocco-Spezialisten-Tool arbeiten. Die im Miliz-System organisierten Orts- und Bezirksparteien hingegen werden auf das Tocco-Miliz-Tool zugreifen können. Dieses bietet über ein Intranet künftig auch gleich Zugriff auf die wichtigsten Schulungsunterlagen, Medienmitteilungen und Positionspapiere der FDP Schweiz.

Tocco bildet die Grundlage für die nationalen Wahlen. Die FDP macht vorwärts: Mit der Digitalisierung, der Kampagnenfähigkeit und der intensiven Einbindung der Kantone.

In diesem Sinne wollen wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die Tocco möglich gemacht haben. Unser Dank gilt ebenso dem Vorstand der FDP Schweiz, den Verantwortlichen in den Kantonen, den Mitarbeitenden im Generalsekretariat und besonders unserem Projektleiter Lukas Aecherli, der das Projekt mit beeindruckender Hartnäckigkeit vorangetrieben hat.



Screenshot des Tocco-Spezialisten-Tools.



Screenshot des vereinfachten Miliz-Systems.



Kathrin Puhan, Generalsekretariat FDP Schweiz



Dieses Bild wurde mithilfe von künstlicher Intelligenz erstellt.

# NEIN zum Asylchaos und zur blinden Polizei

## NEIN zur Chaosinitiative!

Mit der SVP-Kündigungsinitiative fallen die Bilateralen Verträge mitsamt der Abkommen Schengen/Dublin weg. Diese sind für unsere Sicherheit fundamental. Die Verträge verhindern, dass 600'000 illegale Migranten in der Schweiz einen zweiten Asylantrag stellen können. **Ohne die Sicherheitsabkommen Schengen/Dublin ist unsere Polizei blind und unsere Grenzwächter dürfen illegale Migranten nicht mehr in ihre Erstaufnahmeländer zurückschicken.** Die Schweiz würde zum Mekka der illegalen Migration. Nicht mit uns!

[www.kuendigungsinitiative-nein.ch](http://www.kuendigungsinitiative-nein.ch)

**FDP**  
Die Liberalen



**Asylchaos  
verhindern!**